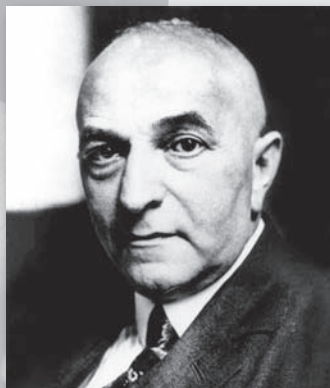
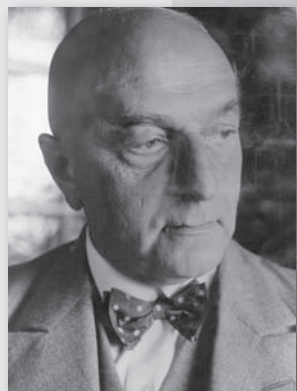


Michael Schneider (Hrsg.)

# Julius Moses

Schrittmacher der sozialdemokratischen  
Gesundheitspolitik  
in der Weimarer Republik



Reihe  
**Gesprächskreis**  
**Geschichte**  
Heft 65

**FRIEDRICH**  
**EBERT**   
**STIFTUNG**

Gesprächskreis Geschichte

---

Heft 65

Michael Schneider (Hrsg.)

**Julius Moses**  
**Schrittmacher der sozialdemokratischen**  
**Gesundheitspolitik in der**  
**Weimarer Republik**

Vorträge anlässlich der Ausstellungseröffnung am  
15. Dezember 2005  
in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Historisches Forschungszentrum

Herausgegeben von Dieter Dowe  
Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum  
der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn  
Tel.: 0228 – 883-473  
E-mail: Doris.Fassbender@fes.de

© 2006 by Friedrich-Ebert-Stiftung  
Bonn (-Bad Godesberg)  
Fotos von der Veranstaltung am 15.12.2005: Jens Schicke  
Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn  
Herstellung: Katja Ulanowski, Friedrich-Ebert-Stiftung  
Druck: bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 2006

ISSN 0941-6862  
ISBN 3-89892-474-2

## **Vorwort**

Mit der vorliegenden Veröffentlichung werden die Vorträge publiziert, die am 15. Dezember 2005 bei der Eröffnung der Ausstellung „Julius Moses – Schrittmacher der sozialdemokratischen Gesundheitspolitik in der Weimarer Republik“ im Berliner Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung gehalten worden sind. Prof. Dr. Heinz-Peter Schmiedebach, Direktor des Instituts für Geschichte und Ethik der Medizin am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, hebt in seinem Beitrag vor allem auf die Bedeutung der politischen Arbeit Moses' für die Entwicklung der Gesundheitspolitik im 20. Jahrhundert ab; Prof. Dr. Kurt Nemitz, von 1976 bis 1992 Präsident der Landeszentralbank in Bremen und Mitglied des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank, bietet zum einen persönliche Erinnerungen an seinen Vater Julius Moses und zum anderen eine Würdigung der gesundheitspolitischen Initiativen Moses'. Mit dem Abdruck der von Bernd Raschke gestalteten Tafeln, die die zentralen Themengebiete der von Mario Bungert konzipierten Ausstellung erläutern, soll die vorliegende Broschüre zudem einen kleinen Eindruck von der Ausstellung vermitteln, die neben den Tafeln zahlreiche Originalfotos und -dokumente aus dem Nachlass von Julius Moses präsentiert.

Julius Moses, 1868 in Posen als Sohn eines jüdischen Handwerkers geboren, studierte in Greifswald Medizin, wo er 1892 promovierte. 1893 eröffnete er eine Praxis im Norden Berlins und begann zudem eine vielfältige publizistische und schließlich politische Tätigkeit: Er bekämpfte den anwachsenden Antisemitismus und profilierte sich bald als Kritiker des bestehenden Gesundheitssystems, für dessen Reform er unermüdlich warb.

Von 1920 bis 1932 war er sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, seit 1922 Mitglied des SPD-Parteivorstandes. Er starb am 24. September 1942 in Theresienstadt.

Im Mittelpunkt seiner politischen Arbeit standen die gesundheitspolitischen Probleme seiner Zeit. Zu seinen Verdiensten gehören insbesondere

- das Eintreten für eine vorbeugende Gesundheitspflege
- die Betonung der Bedeutung des Hausarztes
- der Kampf gegen Experimente an Menschen
- das Bemühen um eine Reform des § 218.

Seine Antworten auf Fragen des Verhältnisses von Medizin und Ethik, auch von Medizin und sozialer Gerechtigkeit haben über den Tag hinaus Bedeutung.

Mit der hier vorliegenden Broschüre und mit einer Ausstellung von Schlüsseldokumenten aus seinem Nachlass, den Anna Nemitz, die Mutter seiner Lebensgefährtin Elfriede Nemitz, über die Nazizeit gerettet hat, erinnert die Friedrich-Ebert-Stiftung an die „bedeutenden Schrittmacherdienste“ von Julius Moses „für die Reform des Gesundheitswesens“ (Willy Brandt 1975).

Bonn, im Januar 2006

Prof. Dr. Michael Schneider  
Leiter des Archivs der  
sozialen Demokratie



*Im Berliner Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung konnten die Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung am 15. Dezember 2005 neben den Referenten auch mehrere Familienmitglieder von Julius Moses, darunter zwei seiner Enkel, begrüßen*

*(1. Reihe v.l.: Prof. Dr. Heinz-Peter Schmiedebach, Kathleen Wolff, Prof. Dr. Kurt Nemitz, Dr. Rosmarie Nemitz*

*2. Reihe v.l.: Walter Wolff, Paul F. Nemitz, Prof. Dr. Michael Schneider, Prof. Dr. Dieter Dowe, Mario Bungert)*



## **Inhalt**

### **Heinz-Peter Schmiedebach**

Politische Positionen und ethisches Engagement:  
Julius Moses und die Medizin im 20. Jahrhundert 9

### **Kurt Nemitz**

Erinnerungen an Julius Moses 39

### **Anhang**

Ausstellungstafeln 69

Literaturhinweise 89



*Heinz-Peter Schmiedebach*

---

## Heinz-Peter Schmiedebach

### **Politische Positionen und ethisches Engagement: Julius Moses und die Medizin im 20. Jahrhundert**

Julius Moses, jüdischer Arzt und Politiker, gilt in der Geschichte und Medizingeschichte als „Symbolfigur“ linker Medizin- und Ärztekritik in der Weimarer Republik. Er ist als engagierter Vertreter der Sozialhygiene und der Patientenrechte und als Warner vor einer nach nationalsozialistischen Grundsätzen ausgerichteten Medizin bekannt. Er war zwischen 1924 und 1933 der Herausgeber der Zeitschrift „Der Kassenarzt“ und von 1920 bis 1932 Mitglied des Reichstags (zunächst USPD, dann SPD). Seit der Gründung des Sozialdemokratischen Ärztevereins im Jahre 1913 wirkte er in dieser Organisation als führendes Mitglied. Die Vielfalt seiner Aktivitäten hat nach dem Ersten Weltkrieg eine beachtliche Höhe erreicht. So setzte er sich u.a. auch für die Schaffung eines schon lange geforderten Reichsgesundheitsministeriums ein. Von der USPD kommend, gehörte er seit 1922 dem Parteivorstand der SPD an. Er war der führende Gesundheitspolitiker der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Im Rahmen seiner parlamentarischen Tätigkeit arbeitete er in verschiedenen Gremien des Reichstags mit, so im Erziehungsbeirat für die Reichswehr und im Ausschuss für die geplante Strafrechtsreform. Im Dezember 1928 wurde er in den Reichsgesundheitsrat gewählt. Er wirkte als Vorsitzender des Vereins der Berliner Kassenärzte. Von 1929 bis 1932 gehörte er dem Hauptausschuss der „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“, der Vorläuferorganisation der Deutschen Forschungsgemeinschaft, an. Aktiv arbeitete er an dem 1927 erlassenen „Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ mit.

Zu vielen Aspekten dieser ärztlichen und politischen Aktivitäten sind Publikationen erschienen, insbesondere von Kurt Nemitz,

Daniel Nadav, Susanne Hahn, Dieter Fricke, Nicole Mayer-Ahuja und in neuerer Zeit Andreas Reuland. Ich greife auf diese Ausführungen zurück, möchte dabei versuchen, das besondere moralische und politische Fundament, auf das Moses seine vielfältigen Tätigkeiten gründete, offen zu legen. Dazu werde ich mich nicht auf die Besonderheiten in den verschiedenen Epochen seines Lebens konzentrieren, die Moses selbst teilweise abgegrenzt hat, sondern nach dem Allgemeinen suchen, nach dem, was als grundlegende Haltung kontinuierlich in diesen Zeiten unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen möglicherweise zu erkennen ist. Dabei kommen die Konflikte ins Gesichtsfeld, die ihn in Kollision mit den Parteilinken der SPD und mit ärztlichen Standesgenossen brachten. In diesem Kontext wird z.B. die Auseinandersetzung um den „Gebärstreik“ eine wichtige Rolle spielen. Seine Überzeugungen erlaubten es nicht, die ärztliche und soziale Verpflichtungen zur Hebung der Gesundheit und zur Herstellung besserer Lebensbedingungen parteipolitischen Zielen oder ärztlichen Standesinteressen unterzuordnen.

Die Grundhaltung von Moses soll folgendermaßen beschrieben werden: Jede unterdrückte Klasse (Proletariat) und jede sozial und politisch diskriminierte Gruppe in einer Gesellschaft (Juden) haben das Recht auf freie politische Betätigung und kulturelle Entfaltung. Diese Rechte können nur – und hier steht er in der Tradition der 1848er Revolution – dann umgesetzt und mit Leben gefüllt werden, wenn sich auch die gesundheitliche Lage großer Teile der Bevölkerung verbessert. „Kultureller und politischer Fortschritt bedeuten gesundheitlichen Fortschritt,“ so formulierte er es 1930 in der „Medizinischen Welt“. Deswegen ist es die Aufgabe des Staates, für eine Verbesserung der „Volksgesundheit“ zu sorgen. Für die Ärzteschaft existiert eine Verpflichtung, sich an der staatlichen wie gesellschaftlichen Aufgabe der Hebung der Volksgesundheit zu beteiligen, indem sie ihrem eigentlichen Auftrag folgt, nämlich zu heilen, ohne die Patienten zu schädigen. Diese Aufgabe kann am ehesten durch

---

sozialhygienische Maßnahmen erfüllt werden, da diese sowohl die krankmachenden sozialen Bedingungen aufheben als auch die Patienten vor sie möglicherweise schädigenden medizinischen Maßnahmen und Experimenten bewahren. Sozialhygiene ist deshalb eine dem Patientenwohl und dem ethischen Prinzip des Nichtschadens am ehesten angepasste Medizin. Auch außerhalb der sogenannten Schulmedizin bestehende naturheilkundliche und andere Methoden sind, wenn sie der Heilung dienen, als nutzbringende medizinische Maßnahmen anzuwenden.

### *Politische Positionen*

Eine erste politische Spur hat Moses im März 1895 hinterlassen. Damals war er als Arzt in Berlin tätig und hielt in einer Versammlung des „Deutschfreisinnigen Arbeitervereins“, dem er zu dieser Zeit nahe stand, einen Vortrag über die Revolution von 1848. Er schlug vor, den Opfern anlässlich des bevorstehenden 50jährigen Jubiläums im Jahre 1898 ein Denkmal zu errichten. In einem späteren Artikel betonte er immer wieder, dass die Männer, die es zu ehren gelte, für die Freiheit ihres Volkes eingetreten und ihr Leben im Kampf für die Freiheit des Volkes gelassen hätten. Was meinte Moses mit dem Begriff „Freiheit“? Im „Verein selbständiger Handwerker jüdischen Glaubens“ ging er in einem Vortrag kurz nach der Jahrhundertwende auf die geringe Selbstachtung der Handwerker ein; dabei kam sein Bestreben zum Ausdruck, Prestige und Ansehen der Handwerker sowohl in ihren eigenen Augen als auch in denen der Gesellschaft zu erhöhen. Gesellschaft meinte in diesem Zusammenhang einerseits die jüdischen Gemeinden, andererseits aber auch die nichtjüdische Umwelt. An anderer Stelle rief er zur Verbesserung des Gemeinschaftsgeistes der Handwerker auf und propagierte einen Zusammenschluss der Handwerker in einer wirksamen „Pressionsgruppe“, um ihren Einfluss in den Institutionen der Gemeinde spürbar zu verstärken. Ebenso betonte er den Wert

---

Deutsch-freisinniger Arbeiter-Verein Berlin.

---

Zu der am  
**Freitag, den 18. d. Mts. Abends 8 Uhr**  
bei  
**Bugenhagen, Moritzplatz**  
stattfindenden  
**Gedächtnisfeier der großen**  
**Ereignisse von 1848**

erlauben wir uns, Sie mit Ihren Damen hiermit ergebenst einzuladen.

---

Program.

Quartettgesang.

Prolog.

Gedächtnisrede und Ansprachen der  
Ehrengäste.

---

Um pünktliches Erscheinen bittet  
**das Comite zur Errichtung des Denk-**  
**mals der Märzgefallenen von 1848.**

G. Weidemann, Dir. Moritz, Dr. Moscs, Heinz Krieger.

---

einer wirksamen Organisation als Instrument zur Verbesserung des beruflichen und kulturellen Niveaus der Mitglieder, was durch Fachkurse oder Kurse zur Hebung der Allgemeinbildung geschehen sollte. Dies würde zur Erhöhung des Selbstwertgefühls und zur Verbesserung des Prestiges in den Augen der Umwelt beitragen. Moses selbst wollte in dieser Zeit eine Landesorganisation der jüdischen Handwerkerverbände in Deutschland gründen, wozu er Verbindungen mit parallelen Organisationen aufnahm. Diese umfassenden Pläne haben sich allerdings nicht verwirklichen lassen.

Deutlich wird in diesen Aktivitäten, dass er den Kampf gegen den Antisemitismus nicht nur mit harter Kritik an den antisemitischen Äußerungen und Haltungen von Politikern und Organisationen führte, sondern über die Schaffung eigenständiger jüdischer Verbände sowohl Interessenpolitik betreiben als auch kulturelle Identität stiften wollte. Freiheit bedeutete also das Recht auf organisatorischen Zusammenschluss wie auch zur Pflege der eigenen kulturellen Gruppen-Identität. Moses nahm hier die Tradition der jüdischen Emanzipation aus dem frühen 19. Jahrhundert auf und wollte sie in seiner Zeit weiterführen. Daniel Nadav unterstrich, dass die Betonung der jüdischen Eigenarten und Moses' positive persönliche Einstellung zum kulturellen jüdischen Erbe ihren Ausdruck im Charakter des „Generalanzeigers für die gesamten Interessen des Judentums“ fand. In dieser Zeitschrift, die Moses von 1902 bis 1911 herausgab, wurde dem Kulturellen und Literarischen viel Platz gewidmet. Aber auch den Problemen der sogenannten Ostjuden, die sich in Deutschland niedergelassen hatten, bot der Generalanzeiger Raum, wobei er Kritik an den Institutionen der jüdischen Gemeinden übte, die den Zuwanderern kein Wahlrecht zugestanden und ihnen dadurch trotz ihrer großen Anzahl jede Möglichkeit der Einflussnahme auf die Gemeinde-Einrichtungen nahmen. Obwohl Moses dem politischen Zionismus reserviert gegenüber stand, fanden auch zionistische Autoren von Beginn an

in seinem Periodikum ein offenes Forum. Moses selbst trug mit satirischen Gedichten zur literarischen Vielfalt des Blattes bei. Er bemühte sich darüber hinaus um die Verbesserung der Lage jüdischer Schriftsteller, denen seiner Meinung nach nicht die ihnen gebührende Wertschätzung zuteil wurde. Seine Unterstützung für die jüdische Literatur fand weiteren Ausdruck in einer Anthologie, die er 1907 unter dem Titel „Hebräische Melodien“ herausgab und die Beispiele der besten jüdischen Gedichte der letzten Jahrzehnte enthielt.

Moses bot allen politischen Schattierungen und kulturellen Strömungen im Judentum, auch den nicht-konformistischen, ein Sprachrohr. Er nahm sich die Freiheit, die Vielfalt zu Wort kommen zu lassen. Moses stand in dieser Zeit dem Liberalismus nahe. 1908 bewegte er sich im Umfeld der „Demokratischen Vereinigung“, die von Theodor Barth und Helmut von Gerlach wegen der Entwicklung der Freisinnigen nach rechts gegründet worden war. Besonders Theodor Barth, ein konsequenter Kämpfer gegen den Antisemitismus, repräsentierte eine politische Position, die in dieser Entscheidung im Lager des Liberalismus eher selten war. 1903 bereits warnte Moses vor dem versteckten Antisemitismus unter liberaler Flagge und lobte die Sozialdemokraten – damals noch gemeinsam mit den Freisinnigen –, weil sie jüdische Abgeordnete in die Parlamente entsandten und bereit waren, für jüdische Rechte zu kämpfen. Die Bezeichnung liberal biete keine Gewähr für gerechtes Verhalten gegenüber den Juden. Diese 1903 geäußerten Positionen lassen schon eine Tendenz zur Sozialdemokratie erkennen, wie dies Jacob Toury in seinen Untersuchungen über die politischen Orientierungen der Juden im Kaiserreich zu Moses feststellte. Jedoch waren damals wie auch später bei Moses deutliche Differenzen zu den klassenkämpferischen Positionen zu beobachten. Die erwähnte „Demokratische Vereinigung“ von 1908 war radikal und stand in Inhalt und Geist dem sozialdemokratischen Programm nahe, ohne allerdings den Klassenkampf zu propagie-

---

ren. Sie rief zu einer umfassenden Demokratisierung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens auf, trat jedoch aus wirtschaftlichen Gründen für das Prinzip des Freihandels ein, auch als Mittel zur Verbilligung wichtiger Nahrungsmittel gedacht. Andererseits wurde die Sozialisierung oder Nationalisierung derjenigen Zweige der Wirtschaft gefordert, bei denen sich ein Widerspruch zwischen dem öffentlichen Interesse und der Privatinitiative ergeben würde. Das Ansehen der Arbeit und der Arbeiter solle erhöht, ein Minimallohn eingeführt und eine effektive Gesetzgebung zum Arbeiterschutz umgesetzt werden. Die Unterstützung eines derart radikalen Programms durch Moses erhöhte die Übereinstimmung mit sozialdemokratischer Politik. 1911 schied Moses als Herausgeber und Redakteur des Generalanzeigers aus; wahrscheinlich engagierte er sich ab dieser Zeit auch in der Sozialdemokratie. Dies war nicht mit einer Distanzierung von demokratischen Positionen verbunden oder mit einem nachlassenden Interesse an den sogenannten jüdischen Problemen, aus Moses wurde kein Parteisoldat des Klassenkampfes. Vielmehr war es die Überzeugung, seine politischen Vorstellungen und die von ihm nötig erachteten Reformen in der medizinischen Versorgung der benachteiligten Bevölkerungsgruppen am ehesten unter der Flagge der Sozialdemokratie umsetzen zu können.

Ausdruck seiner stärker auf gesundheitliche Versorgungsfragen ausgerichteten Aktivität war die ebenfalls ab 1911 erfolgende Herausgabe der Zeitung „Der Hausarzt“, des Organs des Verbandes der Hausarztvereine. Dieser Verband, der im Jahre 1900 gegründet worden war, hatte sich zum Ziel gesetzt, es auch proletarischen Familien zu ermöglichen, zu günstigen Bedingungen die Dienste eines bestimmten Hausarztes in Anspruch zu nehmen, wie es für die materiell besser gestellten bürgerlichen Familien der Fall war. Der Verband wirkte nach dem Ersten Weltkrieg in komplementärer Weise zu den Krankenkassen, die er wegen einer „Überanspannung ihrer materiellen Kräfte“, wie es

1918 hieß, nicht in der Lage sah, Proletarierfamilien die nötige Unterstützung zukommen zu lassen. Deswegen bot er Arbeiterfamilien für einen Beitrag von 2,60 Mark pro Monat die Mitgliedschaft an, womit u.a. freie ärztliche Behandlung und Medizin sowie kostenlose Hauspflege garantiert waren. Der Verband organisierte zudem Vorträge zu verschiedensten Themen, an denen sich auch Moses beteiligte. Ende des Jahres 1912 organisierte Moses zusammen mit dem Sexualreformer Magnus Hirschfeld und dem Arzt und Stadtverordneten Alfred Bernstein, einem Mitbegründer der Säuglingsfürsorgestellen, eine Vortragsreihe zu sexuellen Fragen und Verhütungsmaßnahmen, die negative Resonanz bei religiösen, konservativen, aber auch in sozialdemokratischen Kreisen erregte, insbesondere als die Organisatoren in der sogenannten „Gebärstreik“-Debatte die Begrenzung der Kinderzahlen der Proletarierfamilien forderten. Diese Diskussion um den sogenannten „Gebärstreik“ zeigt, dass Moses eine möglichst baldige Verbesserung der Lebensbedingungen und des Gesundheitszu-

**Moses, Julius** (Dr. med., prakt. Arzt, Schriftsteller, Berlin N. W. 87, Eiberfeldstr. 17) geb. 2. VII. 1868 in Posen, besuchte die Stadtschule in Arnswalde, später das Gymnasium Greifswald, 88 Universität



ebda., 92 Dr. med., Assistent am jüd. Krankenhaus Berlin, 93 prakt. Arzt daselbst. Widmete sich neben seiner Praxis politischer Tätigkeit, gründete 95 das Komitee zur Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen. Seit 02 widmet er sich den Interessen seiner Glaubensgenossen. Werke: Die Bluterkrankheit 93; Das Handwerk unter den Juden 00; Kindersterblichkeit bei den Juden 01; Lösung d. Judenfrage 07; Hebräische Melodien 07; Illustr. jüd. Familientalender 07, 08; Jüd. Witzbuch 08; Jüd. Novellenschatz (bis 05 sind 5 Bde.

erschienen); Jüd. Breviere (Mendelsohns-Br., Auerbach-Br., Lazanis-Br., Nieffer-Br. etc.) 08. Herausgeber d. „Generalanzeiger f. d. Inter. d. Judentums“, gegr. 02, Herausgeber der „Jüd. Korrespondenz“, gegr. 06, und „Unsere Zukunft“, israel. Jugendzeitschr., gegr. 08.

---

standes des Proletariats erreichen wollte. 1912 begann die Veranstaltungsreihe, in der die Anwendung empfängnisverhütender Mittel empfohlen und den Frauen ihr Recht am eigenen Leib zugestanden wurde. Durch diese Aktivitäten sahen sich nicht nur konservative und religiöse Gruppierungen provoziert, sondern auch der Berliner Polizeipräsident von Jagow. In Sorge um die Sittlichkeit der Berliner Proletarierfrauen verfügte er am 25. November 1912, „die Veranstaltung von öffentlichen Vorträgen über Angelegenheiten des Geschlechtslebens“ nur noch dann zuzulassen, wenn „diese Vorträge ausschließlich vor erwachsenen männlichen Personen stattfinden, und dass dabei alles unterbleibt, was geeignet ist, sittlichen Anstoß zu erregen, insbesondere dabei keinerlei Fragestellungen und -beantwortungen über geschlechtliche Angelegenheiten stattfindet.“ Auch ärztliche Standespolitiker sahen in diesen Vorträgen eine Gefährdung der ärztlichen Standesehre und setzten beim ärztlichen Ehrengericht für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin ein ehrengerichtliches Ermittlungsverfahren in Gang, das allerdings auf Grund der Kriegsereignisse später eingestellt wurde.

Moses und seine Mitaufklärer wollten mit dieser Kampagne einer „schrakenlosen Kindererzeugung“ Einhalt gebieten und das Proletariat dazu bringen, nicht mehr Kinder in die Welt zu setzen als unter den traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen, noch dazu in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit, einigermaßen zu ernähren und zu erziehen waren. Moses griff hier auf die Lehre des Professors und Kinderarztes Adalbert Czerny zurück. Bei der Propagierung dieser Ziele schreckten die Veranstaltungsredner vor drastischer Rhetorik nicht zurück. So sollten die Proletarierinnen von der „Sklaverei ihrer Gebärmutter“ befreit werden. Moses selbst ging zudem auf den politischen Doppel-Charakter dieser „Streik“-Bemühungen ein und versuchte, eine Verbindung zwischen der die aktuelle Lage der Frauen verbessernden Reform und dem revolutionären Kampfziel herzustellen. Zum einen gestand er zu, dass man die Kampagne als eine

Notstandsaktion betrachten könne, zum andern sei sie aber auch eine „revolutionierend wirkende Waffe den herrschenden Kreisen gegenüber“. Die Regierung trete dem Proletariat in der Rolle eines Ausbeuters entgegen und verlange von der Arbeiterin, dass sie im Interesse einer nationalen Zukunft des Landes Leistungen vollbringe, die weit über ihre schwachen Kräfte hinausgingen. Leicht könnten die Besitzenden diese Anforderungen erfüllen, hätten jedoch diese Aufgabe längst von sich auf das Proletariat abgewälzt, doch mache der Staat und die herrschende Klasse eine angemessene Ernährung und Erziehung den Proletarierfamilien unmöglich. Dies sei eine Moral mit doppeltem Boden, die nicht akzeptiert werden könne.

Moses stieß mit dieser Position auch bei sozialdemokratischen Parteigenossen auf Protest. Diese Konflikte ergaben sich – wie Kurt Nemitz zu Recht feststellt –, weil hier auch Grundfragen einer sozialistischen Bevölkerungspolitik zur Debatte standen. Im „Vorwärts“ erschienen im Sommer 1913 zwei Artikel, in denen die Befürworter des „Gebärstreiks“ heftig kritisiert wurden. Für den 23. August 1913 berief die Parteileitung in der „Neuen Welt“ in der Hasenheide eine Versammlung ein, die schon vom Titel her die Richtung der Diskussion angab. Das Thema lautete nämlich „Gegen den Gebärstreik“.

Clara Zetkin und Rosa Luxemburg waren die prominenten Gegnerinnen, die dem Treiben von Moses Einhalt gebieten wollten. Clara Zetkin wies darauf hin, dass diese „Gebärstreik“-Debatte nicht das Proletariat als Klasse, sondern die Einzelfamilie in den Mittelpunkt stelle; als Hilfsmittel werde die individuelle Lebensgestaltung bemüht, eine zielbewusste Klassenaktion gegen die bürgerliche Gesellschaft sei nicht zu erkennen. Durch die propagierte Aktion würde man doch nicht nur dem Militarismus Soldaten entziehen, sondern auch die Armee der Klassenkämpfer verkleinern; die Geschichte habe gezeigt, dass Siege der Unterdrückten nicht nur durch Qualität, sondern immer auch durch

---

die Quantität ihrer Massen zustande gekommen seien. In seiner Antwort führte Moses aus, das Jammern der Junker und Pfaffen über den Geburtenrückgang sei der beste Beweis dafür, dass der „Gebärstreik“ zwar nicht die einzige, aber doch auch eine der Waffen im Klassenkampf sei. Man dürfe die Arbeiterschaft nicht immer auf eine bessere Zukunft vertrösten, sondern müsse auch in der Gegenwart an einer Verbesserung ihrer Lage arbeiten. Der große Kinderreichtum im Arbeiterhaushalt sei aber in den meisten Fällen eine Quelle von Not und Elend. Die Verminderung der Kinderzahl biete ein wirksames Mittel für den Kulturaufstieg des Proletariats.

Der instrumentellen Betrachtungsweise von Clara Zetkin, die nur eine quantitativ schlagkräftige Armee von Klassenkämpfern und nicht die Lebenssituation der einzelnen Proletarierfamilie als Argument akzeptierte, setzte Moses den Kulturaufstieg des Proletariats entgegen. Damit sprach er der Proletarierfamilie die Freiheit zu, selbst über die Kinderzahl zu entscheiden. Als Rosa Luxemburg in einem weiteren Redebeitrag Moses einen reaktionären Versuch zur Verdummung der Massen unterstellte, war die Erregung im Saal so groß, dass diese Versammlung nicht mehr weitergeführt werden konnte. In einer zweiten Versammlung zu diesem Thema war die Stimmung etwas weniger angespannt, jedoch kam es auch hier zu keinem deutlichen Ergebnis.

Moses seinerseits führte daraufhin eine Veranstaltung unter dem Thema „Der Geburtenrückgang – ein Kulturfaktor“ durch. Dabei unterstrich er die These vom Vorrang der Qualität und wies darauf hin, dass die Kindererzeugung und parallel dazu die Kindersterblichkeit dort am größten seien, wo das Proletariat auf der „tiefsten Kulturstufe“ stehe. Mit der „Gebärstreik“-Propaganda werde das Proletariat ein Stück auf dem Weg zum Kulturaufstieg vorangebracht. Sicherlich spielten die Erfahrungen, die Moses im Zusammenhang mit seiner ärztlichen Tätigkeit und der Versorgung der kinderreichen Proletarierfamilien gemacht hatte, bei

dieser „Gebärstreik“-Debatte eine Rolle. Das Ausmaß des Elends, das unter den herrschenden Bedingungen durch eine große Anzahl von Kindern hervorgerufen wurde, stand in diametralem Gegensatz zu den objektiven Notwendigkeiten einer möglichst großen kampfbereiten Masse im revolutionären Geschehen. Moses wies diesem Ziel allerdings eine eher zweitrangige Bedeutung zu. Auch dem Proletariat sollte die Freiheit des kulturellen Aufstiegs zugestanden werden; diejenigen gesundheitlichen Faktoren, die diesem Ziel entgegenstanden, waren sowohl vom ärztlichen Standpunkt als auch aus politischer Sicht zu bekämpfen. Die auch aus gesundheitlichen Gründen zu hebende Qualität der Lebensverhältnisse bedeutete eine Verringerung des Elends, möglicherweise auch eine Veränderung des Bewusstseins, gar der Verlust einer klassenkämpferischen Haltung, die durch das Elend immer wieder neu gefestigt wurde. In der drohenden Gefahr dieses Verlustes der klassenkämpferischen Entschiedenheit im Proletariat lag möglicherweise ein weiterer Grund für die heftigen Auftritte von Clara Zetkin und Rosa Luxemburg.

Moses stand mit seiner Propagierung des „Gebärstreiks“ aber nicht nur im Widerspruch zu den beiden Führungspersönlichkeiten der Linken, sondern auch zu einem bedeutenden Vertreter der Sozialhygiene, einer Disziplin, der auch Moses höchste Priorität bei der Verbesserung der „Volksgesundheit“ zuwies. Alfred Grotjahn, 1920 erster Lehrstuhlinhaber für die „Soziale Hygiene“ in Deutschland und Anfang der 1920er Jahre für einige Zeit SPD-Fraktionskollege von Moses im Reichstag, vertrat auf eugenischer Basis durchaus entgegengesetzte Positionen, worauf schon Nadav hingewiesen hat. In dem Werk über die „soziale Pathologie“, das erstmals 1911 erschien, legte Grotjahn seine Vorstellungen zu Rationalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse dar. Das Schlagwort der Rationalisierung, Ausdruck eines modernen, aus der Nationalökonomie stammenden Ansatzes, der alle Verhältnisse in einer Gesellschaft einer wissenschaftlich hergeleiteten rationellen Sichtweise unterwerfen woll-

te, spielte bei Grotjahn eine wesentliche Rolle. Er wollte auch die Fortpflanzung in einer Gesellschaft „rationell“ beeinflussen und unterschied in diesem Zusammenhang eine „quantitative Rationalisierung“ von einer „qualitativen“. Die Fortpflanzung sei nicht der Naivität oder dem Zufall noch privaten oder wirtschaftlichen „Bequemlichkeiten“ zu überlassen, sondern müsse unter Führung der Wissenschaft geregelt werden. Die „qualitative Rationalisierung“ entsprach der Eugenik und den unter diesem Begriff bekannten Interventionsmöglichkeiten. Die „quantitative Fortpflanzung“ sei zweckbestimmt zu regeln; es gehe dabei um einen Ausgleich zwischen den Interessen des einzelnen und denen der Gesellschaft. Im allgemeinen sei es für jedes Elternpaar Pflicht, mindestens drei Kinder über das fünfte Lebensjahr „hochzubringen“. Für jedes „rüstige“ vierte Kind erhalte das Elternpaar eine materielle Gegenleistung. Grotjahn sprach davon, dass es „unsittlich“ sei, der Gesellschaft und der Nation trotz Tauglichkeit zur Elternschaft, den erforderlichen Nachwuchs vorzuenthalten. Er zielte mit seinen Vorstellungen auch auf die bürgerlichen Familien, die er zu einer höheren Kinderzahl verpflichtet sehen wollte. Doch waren die Richtzahlen Grotjahns mit den Zielen des „Gebärstreiks“ nicht vereinbar. In diesem Ansatz wird die wissenschaftlich hergeleitete sozialtechnische Intervention in die private Sphäre zu einem Bestandteil moderner Regulierungsprozesse einer Gesellschaft erhoben.

In weitgehender Übereinstimmung mit Grotjahn und auch mit einer großen Mehrheit der damaligen Ärzteschaft befand sich Moses, als er unmittelbar nach der November-Revolution sowohl in Veranstaltungen des Hausarztverbands als auch später im Reichstag für die Schaffung eines Reichsministeriums für Volksgesundheit eintrat. Die Motive für diese letztlich nicht vom Erfolg gekrönte Initiative lagen zum einen wiederum in einer konkreten gesundheitlichen Notlage, hervorgerufen durch den Krieg und die Nachkriegsverhältnisse: die „Hungerblockade, der völlige Zusammenbruch unserer Ernährung, der Volksgesundheit überhaupt“

An die  
Volksbeauftragten  
der  
Deutschen Republik.

Betrifft:

Reichs-Gesundheitsministerium.

Das Reichs-Gesundheitsministerium, dessen Aufgaben in der Anlage näher beschrieben werden, soll durch Erweiterung und Ausgestaltung der bisher an das Ministerium des Innern, (früher Kultusministerium) angegliederten Medizinalabteilung gebildet werden. Die bisher für die Lösung der hygienischen Aufgaben bestehenden Reichs- und Landesanstalten einschließlic des Reichsgesundheitsamtes sind für den vorliegenden Zweck völlig ungeeignet.

War die Forderung nach einem Gesundheitsministerium schon vor dem Kriege angebracht, so ist sie doppelt dringlich nach einem Feldzug, in dem der Volksgesundheit unsäglich Schaden zugefügt worden ist.

Diese Forderung, welche die unterzeichnete Deputation vertritt, wird von Vereinigungen und Versammlungen erhoben, hinter denen nicht nur allein die arbeitende proletarische Bevölkerung steht, sondern ebenfalls eine große Zahl republikanischer Bürger und Bürgerinnen, und darf und muß nach Lage der Dinge keinen Aufschub mehr erleiden.

Für die Zusammenfassung sprechen zwei Gründe: einmal empfiehlt es sich organisch an einen schon bestehenden Mittelpunkt anzuknüpfen, zweitens stellt sich eine solche Umgestaltung an der sich dann der weitere Ausbau anschließt, weit billiger, als eine völlige Neuschöpfung. Die unäbsehbar entstehenden Kosten sind bei dem angegebenen Verfahren sehr geringfügig.

Bei späteren Ausgaben für das Ministerium ist zu berücksichtigen, daß die Unkosten für die Gesunderhaltung und Krankheitsheilung eines Volkes sich durch Steigerung und Wiederherstellung seiner Leistungsfähigkeit reichlich bezahlt machen.

Voraussetzung bei der Umgestaltung ist, daß an die leitenden Stellen eine in dem Geiste der neuen Zeit erfüllte Persönlichkeit tritt, eine Persönlichkeit, die nicht nur für die umfassenden Aufgaben die nötigen Fachkenntnisse besitzt, sondern sich auch aus vollem Herzen zu den Grundsätzen der sozialistischen Republik bekennt.

Die Notwendigkeit der Errichtung eines eigenen Gesundheitsministeriums ergibt sich in erster Linie aus der Fülle, Vielfältigkeit und ungemein großer Wichtigkeit seiner Obliegenheiten. Der beigelegte Entwurf enthält darüber

die Einzelheiten. Der Ausdruck „Abteilungen“ soll übrigens in dieser Denkschrift nur die Punkte bezeichnen, für welche das Gesundheitsministerium die zentrale Behörde ist, ohne der Einteilung und Zusammenfassung einer Anzahl von Gruppen in 3 bis 4 ministeriellen Abteilungen nach Angabe des Arbeitsstoffes vorzugreifen.

Die Selbständigkeit, welche eine Staatsbehörde mit so weitgehenden und einschneidenden Befugnissen besitzen muß, kann eine nachgeordnete Amtsstelle von dem Charakter der bisherigen Medizinalabteilung nicht in Anspruch nehmen. Der Gesundheitsminister muß dem Volke und der Volksvertretung genau so selbständig, sichtbar und verantwortlich gegenüberstehen, wie der Justiz- oder Kultusminister.

Als Volksbeauftragter für das gesamte Sanitätswesen muß er, wenn er das ihm vom Volke entgegengebrachte Vertrauen nicht rechtfertigt, jederzeit durch eine geeignet erscheinende Persönlichkeit ersetzt werden können.

Die Deputation gestattet sich daher höflich bei dem Minister anzufragen, wann derselben Gelegenheit gegeben werden kann, um persönlich in gedrängter Form ihren von öffentlichen Volksversammlungen übertragenen Auftrag auszuführen und bitten Zeit und Ort zu Händen des Vorsitzenden des Hausarztverbandes, G. Jacob, Berlin, Waldenserstr. 5 anzugeben.

## Die Deputation.

- H. Grotjahn**, Professor, Berlin, Derfflingerstr. 24.  
**Magnus Hirschfeldt**, Sanitätsrat Dr. med., Berlin, In den Zellen 19.  
**M. Hohdahn**, Dr. med., Berlin-Friedenau, Kaiserallee 83.  
**G. Jacob**, Vorsitzender des Hausarztverbandes, Berlin, Waldenserstr. 5.  
**M. König**, Vorsitzender des Verbandes „Volksgesundheit“ Dresden.  
**G. Leupold**, Stadtverordneter und Vorsitzender des Hausarztvereins Charlottenburg.  
**J. Moses**, Dr. med., Berlin, Wickestr. 42.  
**Frau Nemitz**, Charlottenburg, Weißstr. 11.  
**D. Schirrmeyer**, Vorsitzender des Deutschen Bundes der Vereine für naturgemäße Lebens- und Heilweise, Berlin, Tempelhofer-Ufer 22.

hatten ihn, wie er etwa 1940 schrieb, im November 1918 dazu gebracht, das Reichsministerium zu fordern. Er wollte eine Zentrale zur Verfügung haben, von der aus man die Probleme der „zusammengebrochenen Volksgesundheit“ leichter hätte übersehen können als bei dem „damaligen Zustande der Zersplitterung in der Ordnung dieser Dinge“. Vorbilder waren dabei andere Länder, die bereits eine solche zentrale Behörde errichtet hatten. Ein zweiter Grund für die Forderung war die Hoffnung, dass in der neuen Republik der Gesundheit von Anfang an der ihr gebührende hohe Stellenwert eingeräumt werde. Der Gesundheitsminister sollte dem Volk und der Volksvertretung genauso „selbständig, sichtbar und verantwortlich gegenüberstehen, wie der Justiz- oder Kultusminister“. Die Initiative für ein selbständiges und eigenverantwortliches Ministerium scheiterte jedoch, obwohl es im April 1919 zu einem Gespräch zwischen dem Medizinalreferenten des Innenministeriums und einer Delegation des Hausarztverbandes kam und darin auch seitens der Vertreter des Innenministeriums der Wunsch nach der Errichtung einer mit Exekutivgewalt ausgestatteten Behörde, die planmäßig die Volksgesundheit fördern könne, zum Ausdruck gebracht wurde. Die Ärzteschaft trat nicht entschlossen für dieses Ministerium ein, obwohl dies eine alte standespolitische Forderung war; die verschiedenen Reichstagsfraktionen, von der USPD abgesehen, unterstützten den Vorstoß ebenfalls nicht und schließlich waren Einzelstaaten in ihrem „Partikularismus“, wie es hieß, bereits vorgeprescht und hatten eigene Gesundheitsbehörden errichtet, so dass man im Innenministerium nur noch einen eingeschränkten Tätigkeitsbereich für ein Reichsgesundheitsministerium erkennen konnte.

Sehr klar wies Moses am Ende der Weimarer Republik auf die drohenden Gefahren einer sich abzeichnenden nationalsozialistischen Umgestaltung der Gesundheitspolitik hin. Im Februar 1932 prophezeite er die drohende Vernichtung sogenannten lebensunwerten Lebens und geißelte mit scharfen Worten die „Konstruktion höherer und niederer Menschenarten“. Wörtlich sagte er zu

---

diesem Problem: „Ein besonderes Kapitel bildet die Behandlung der ‚belasteten‘ Menschen, das heißt der unheilbaren Kranken. Diese sollen einfach als ‚Ballastexistenzen‘ geopfert werden. Alles, was bisher für die Medizin als oberstes Gebot galt, Kranke, ohne Rücksicht, ob sie dieser oder jener ‚Rasse‘ angehören, ob sie an dieser oder jener Krankheit leiden, in gleicher Weise zu behandeln, ihnen zu helfen und ihre Schmerzen zu lindern, wird von den Nationalsozialisten in der frivolsten Weise als überflüssiges Sentiment abgetan. Vernichtungskampf gegen die ‚Minderwertigen‘ ..., das heißt die unheilbaren Kranken, ist die Parole dieser Menschenfreunde.“ Dem Arzt werde die Aufgabe zukommen, die als ‚Ballastexistenzen‘, ‚Menschenschund‘, ‚lebensunwert‘ und ‚unproduktiv‘ Stigmatisierten zu vernichten. „Er soll also mit einem Wort zum Henker werden.“

Moses stellte heraus, dass die Nationalsozialisten nicht nur das Gesundheitswesen, die Sozialversicherung und Krankenkassen beschädigen, sondern auch die Ärzteschaft „ethisch auf das schwerste kompromittieren“ würden. „Alles, was bisher als ärztliche Ethik galt, den idealen Lebenszweck des Arztes bildete: Helfen, helfen und wieder helfen, gleichgültig, ob der Kranke dieser oder jener Rasse angehört, gleichgültig, ob er arm oder reich ist, an dieser oder jener Krankheit leidet ... forschen und immer wieder forschen, um die heute noch als unheilbar geltenden Krankheiten zum Wohle der Menschheit heilen zu können, ... all das soll nicht mehr gelten!“ Die vielen komplizierten Probleme der ärztlichen Ethik im Zusammenhang mit Euthanasie und Sterilisation, die Ärzte oft in Gewissenskonflikte gebracht hätten, seien – so Moses – im Nationalsozialismus nicht mehr vorhanden, da man die betreffenden Kranken einfach tötet.

Weiterhin sah Moses neben der Ethik auch die ärztliche Kollegialität gefährdet; der sozialistische und jüdische Arzt würde im Dritten Reich zum Ausgestoßenen. Wenn der deutschstämmige Arzt

nur deutsche Volksgenossen und der jüdische Arzt nur Juden und Ausländer behandeln dürfe, würden die einfachsten Begriffe ärztlicher Ethik geopfert. Die Verweigerung der ärztlichen Hilfe aus politischen oder weltanschaulichen Gründen gelte nicht nur als ein schwerer Verstoß gegen die ärztliche Ethik, sondern auch gegen allgemein herrschende ethische Auffassungen. Die ärztliche Ethik sei eine selbstverständliche, auf den Ärztestand im besonderen angewandte, allgemeine Ethik. Im Dritten Reich werde diese unmoralische Handlung geradezu zur Pflicht gemacht.

Klare Worte fand Moses auch gegen den heuchlerischen Umgang mit der Standeswürde. Wähle ein Arzt eine etwas ungewöhnliche Anzeige in einem Telefonbuch, um seine Praxis bekannt zu machen, so sei für viele Standesvertreter die Standeswürde schon in Gefahr gebracht. Würden aber Ärzte aus politischen Gründen zum wirtschaftlichen Boykott und zur Existenzvernichtung anderer Ärzte aufrufen, so sähen die Ärztekammern sowie die Standes- und Ehrengerichte keinen Grund zum Eingreifen. Hinter diesen Boykottaufrufen stecke oft aber nichts anderes als wirtschaftlicher Konkurrenzneid. „Daß sich hinter den Phrasen von ‚Rasseschutz‘ usw. oft nur skrupelloser Egoismus und wirtschaftlicher Brotneid verbirgt, ist selbstverständlich.“ Moses kam 1932 zu der vorausschauenden Einschätzung, dass die nationalsozialistische Radikalisierung der Ärzteschaft zu einem „ethischen Abstieg in der ärztlichen Berufsauffassung“ führen müsse; der Beruf werde zum „Anhängsel eines wildgewordenen Parteipolitikertums“, zu einem „dilettantischen, unwissenschaftlichen ‚Rasseschützertum‘“ entwertet und seiner eigentlichen Aufgabe entfremdet.

Moses sah also die kommende Entwicklung mit äußerster Klarheit, er verkannte die Situation nicht – und blieb dennoch nach 1933 in Deutschland. Dies brachte ihm 1942 den Tod in Theresienstadt. Schon 1933, also lange vor seiner Deportation, aber begann wegen fehlender eigener Einkünfte eine Zeit materieller

Not, der Einschränkungen, der Ausgrenzung und Verfolgung. Ärztliche Standesfunktionäre aus den Reihen der neuen Machthaber wollten alte Rechnungen begleichen. Karl Haedenkamp, seit 1922 Generalsekretär des Hartmannbundes, von 1924 bis 1928 Reichstagsabgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei und Gegner von Moses sowohl in politischen, gesundheitspolitischen und standespolitischen Fragen, war einer dieser Vertreter. Moses hatte ihn wegen seiner rüden antisemitischen Zwischenrufe im Reichstag öffentlich angeprangert. Nach der Gleichschaltung der ärztlichen Standesorganisationen rechnete Haedenkamp nun ab, sprach von der „Saat, die von denen um Moses gesät wurde“ und kündigte „Vergeltung“ an den „Verächtern aller ärztlichen Standes- und Ehrbegriffe“ an.

### ***Ethische Positionen***

Auch auf dem weiten Feld der ärztlichen Ethik war Moses ebenfalls höchst produktiv. Im Zentrum seiner Polemiken und Aktivitäten standen die ethischen Probleme der klinischen Humanversuche. In zahlreichen Artikeln kämpfte er gegen die sogenannte Experimentierwut der Ärzte an. Er orientierte sich an Berichten über aktuelle Versuche und scheute sich nicht, einzelne Forscher direkt für ihr Verhalten anzugreifen und sie öffentlich zu verurteilen, was häufig mit heftigen Reaktionen und Beschimpfungen seitens der Ärzteschaft beantwortet wurde. Darüber hinaus war er aktiv an den Formulierungen verschiedener Regelwerke und Gesetzesvorlagen beteiligt. Seine Veröffentlichungen und Aktivitäten führten zu zwei Umfragen, mehreren Stellungnahmen der inkriminierten Forscher und einer erhitzten Debatte in der Berliner Ärztekammer. Als ein Verdienst seines Engagements sind neue Richtlinien aus dem Jahre 1931 zu nennen, in denen der Reichsgesundheitsrat differenzierte Regeln für die Durchführung von klinischen Versuchen und Menschenexperimenten formulierte.

Im Zusammenhang mit der oftmals recht harten und akzentuierten Kritik, die Moses an der Ärzteschaft und seinen ärztlichen Kollegen übte, weist Nadav darauf hin, dass Moses keine akademische Lehrposition innehatte; deswegen war er nicht den inneren Konflikten eines Hochschullehrers beim Bemühen um wissenschaftliche Anerkennung ausgesetzt. Dieser Hinweis bedeutet jedoch nicht, dass Moses eine grundsätzlich distanzierte Haltung gegenüber der Wissenschaft gezeigt hätte. Er war jedoch davon überzeugt, dass die erste Aufgabe des Arztes in jedem Fall das Heilen sei und dass alle Forschung von dieser grundsätzlichen und ersten Aufgabe ärztlichen Wirkens her bestimmt und bewertet werden solle. Aus diesem Grunde zeigte Moses höchste Distanz und Skepsis gegenüber einem sich selbstständigenden wissenschaftlichen Apparat, der aus einer selbstreferentiellen Bezogenheit seine eigenen Regeln und Dynamiken entwickelte, wie z.B. einen hohen Publikationsdruck. Ein weiteres Motiv für seine Kritiken resultierte aus den konkreten Versuchsanordnungen vieler klinischer Studien und der Auswahl der Probanden. In einem seiner wichtigsten Artikel, überschrieben mit „Hundert Ratten und zwanzig Kinder!“, verurteilte er die Auswahl von Arbeiterkindern als „Experimentierkarnickel“. Er konstatierte soziale Ungerechtigkeit und ein Ausnutzen der Notlage armer Eltern. Diese Art der Rekrutierung von Proletarier-Kindern als Versuchsobjekte geißelte er als Barbareien im Namen der Wissenschaft. Er erhob in diesem Zusammenhang die Forderung nach einer Regelung durch das Reichsgesundheitsamt. Dieses sollte eine Warnung an alle „experimentierwütigen Krankenhausärzte“ aussprechen. Experimente an Versuchspersonen aus der werktätigen Bevölkerung ohne deren Wissen und unter Ausnutzung ihrer sozialen Notlage betrachtete er nicht nur als eine Frage der ärztlichen Ethik, sondern auch als eine der politischen Unterdrückung. Dementsprechend veröffentlichte Moses auch zahlreiche Artikel, keineswegs nur in sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften, so zum Beispiel in der *Volkswacht*, der *Neuen Arbeiterzeitung*,

---

dem *Hamburger Echo*, im *Vorpommer*, in der *Breslauer Volkswacht*, der *Düsseldorfer Volkszeitung* und auch im *Vorwärts*. Er versuchte in diesen Artikeln, die politische Dimension des klinischen Experimentes anzusprechen und auf diese Art auch Arbeiter und Sozialdemokraten für das Problem zu interessieren und zu mobilisieren.

Ein drittes Motiv für seine Kritik an der ärztlich-experimentellen Forschung und ihren Auswüchsen ergab sich aus seiner hohen Bewertung der „Volksgesundheit“ und der wichtigen Rolle des sozialhygienischen Ansatzes. Ein Anheben des Gesundheitszustandes, insbesondere im Zusammenhang mit den weit verbreiteten Krankheiten Rachitis und Tuberkulose, sei eher mit sozialhygienischen Methoden, durch eine Verbesserung der Arbeits-, Ernährungs- und Wohnverhältnisse zu erreichen als mit Medikamenten, die im Rahmen fragwürdiger Menschenexperimente erforscht werden sollten. Damit war die experimentelle Erprobung von Medikamenten und Impfvorfahren, zumindest im Zusammenhang mit den genannten Erkrankungen, nicht nur unter ethischen Gesichtspunkten problematisch, sondern auch vom gesamten Ansatz her abzulehnen. Nach Moses' Überzeugung war eine Verbesserung des Gesundheitszustandes durch den Einsatz von Medikamenten nicht in dem Ausmaß, wie es sozialhygienische Maßnahmen versprochen, zu erzielen. Nicht nur die Konzeption der Experimente, die Auswahl der Probanden und die Nichtaufklärung über Gefahren waren aus ethischen Gründen zu kritisieren; es fehlte auch die grundsätzliche Legitimierung für solche Versuche, die unbrauchbare Mittel, die zudem auch noch für die Versuchspersonen gefährlich waren, überprüfen wollten. Dass Moses bei seiner Kritik das ein oder andere Verfahren zu sehr verdammt, wie uns heutzutage der historische Rückblick lehrt, ist aus der zeitgenössischen Perspektive zu erklären und ändert nichts an der grundsätzlichen Berechtigung seiner Warnungen.

Moses beließ es nicht bei der öffentlichen Anprangerung, sondern versuchte, den politischen Apparat in seinem Sinne in Gang zu setzen und eine entsprechende Gesetzesvorlage zu schaffen. Zunächst verlangte er im März 1928, dass das Reichsgesundheitsamt die Experimente an den verschiedenen Krankenhäusern genauer untersuchen sollte. In den Jahren 1929 und 1932 setzte er sich weiterhin für eine Gesetzesänderung zum Schutze der Patienten ein. Anlass dafür boten die Beratungen des Strafrechtsausschusses des Deutschen Reichstags, der 1927 den „Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches“ erarbeitete und eine Neufassung des Paragraphen 263 StGB erörterte. Seit dem Reichsgerichtsurteil von 1894 wurden ärztliche Eingriffe juristisch als Körperverletzung gewertet, die jedoch unter bestimmten Bedingungen nicht strafwürdig waren. Viele Ärzte betrachteten diese Regelung als eine Herabwürdigung ihrer Bemühungen und setzten sich für eine Änderung ein. Eine formelle Lösung sollte der neue Paragraph 263 StGB bieten, der ärztliche Eingriffe nicht mehr als Körperverletzung klassifizierte. Als Ausgleich war ein neu geschaffener Paragraphen 281 vorgesehen, durch den die Patienten gegen „eigenmächtige Heilbehandlung“ des Arztes geschützt werden sollten. Im Juni 1929 wurde der Paragraph 263 ausführlich diskutiert und dabei auch die Problematik der Menschenversuche einbezogen. Da der Paragraph 263 vorsah, Eingriffe und Behandlungen, „die der Übung eines gewissenhaften Arztes entsprechen“, nicht mehr als Körperverletzung im Sinne des Gesetzes zu betrachten, sahen verschiedene Abgeordnete im neuen Entwurf einen Freibrief für die „Fanatiker des Messers“.

Ausschussmitglieder der SPD und auch des Zentrums verlangten eine schärfere Fassung, um unzulässige Experimente einzuschränken. Eingriffe sollten nur dann straffrei sein, wenn sie Heilzwecken dienten. Die Neufassung des § 263 in erster Lesung wurde in folgender Form angenommen: „Eingriffe und Behandlungen, die lediglich zu Heilzwecken erfolgen, der

Übung eines gewissenhaften Arztes entsprechen und nach den Regeln der ärztlichen Kunst vorgenommen werden, sind keine Körperverletzungen im Sinne des Gesetzes.“ Im Juli 1929 berichtete Moses im *Vorwärts* über den vorläufigen Erfolg und bewertete die Neufassung des Paragraphen positiv. Er versprach sich dennoch vom Strafgesetz nicht sehr viel. Da das Experimentierproblem ethischer Natur und in erster Linie „vom Gewissen und dem menschlichen und wissenschaftlichen Verantwortungsgefühl des betreffenden Arztes abhängig“ sei, könne ein Arzt mit fehlendem Gewissen „Heilzwecke“ fälschlicherweise vorschieben, wo in Wirklichkeit von einer Absicht zu heilen keine Rede war. Er sah die Gefahr, dass das Strafgesetz eine bloße Warnung ohne praktische Wirkung bleiben würde. Eine zweite Lesung kam durch die politischen Umbrüche nicht zum Abschluss, so dass die Gesetzesvorschläge nie in Kraft traten.

Moses begnügte sich nicht allein mit den Bemühungen um rechtliche Neuregelungen, sondern versuchte, neue ethische Richtlinien zum Menschenexperiment aufzustellen und durchzusetzen, um den Ärzten klare Kriterien zur ethischen Zulässigkeit von Menschenexperimenten an die Hand zu geben. Er hielt therapeutische Versuche dann für erlaubt, wenn der Patient über die „möglicherweise nachteiligen Folgen“ sachgemäß belehrt wurde und dem Eingriff zustimmte. Rein wissenschaftliche Versuche seien grundsätzlich verwerflich. Er urteilte damit deutlich strenger als andere sich mit ethischen Fragen auseinandersetzende Zeitgenossen. Die Möglichkeit, dass ein Patient sich freiwillig aus idealistischen Gründen der Forschung zur Verfügung stellen könnte, wurde von Moses nicht erörtert. Seine Prioritäten waren sehr klar: Die Krankenanstalt diene der Heilung, der Forschung nur insoweit, als der Heilerfolg durch forschersische Eingriffe nicht gefährdet, verzögert oder aufgehalten werde. Experimente, die nur allgemeine Erkenntniszwecke verfolgten, seien nicht zu akzeptieren. „Das Unmoralische an solchen Versuchen

liegt in der Tatsache, dass das gesundheitliche Risiko dem Kranken auferlegt wird. Glaubt ein Arzt, im Interesse der Wissenschaft einen Versuch am lebenden Menschen vornehmen zu müssen, dann hat er (...) den Versuch an sich selbst auszuführen.“ Mit diesem klaren Diktum wies er den wissenschaftlichen Versuch in enge Grenzen und erhob das ethisch unproblematische Selbstexperiment des Arztes zum entscheidenden Kriterium der wissenschaftlichen Erkenntnis.

Diese restriktive Haltung erlaubte keine wissenschaftliche Forschung im modernen Sinne. Die breit angelegte öffentlichkeitswirksame Kampagne von Moses förderte aber die Bereitschaft des Reichsgesundheitsrates, neue Richtlinien zu erarbeiten. Wahrscheinlich sollte dadurch die öffentliche Diskussion über das Menschenexperiment zu einem Abschluss gebracht und das teilweise verlorene Vertrauen in die wissenschaftliche Medizin zurückgewonnen werden. Im März 1930 beschäftigten sich die Mitglieder des Reichsgesundheitsrates mit der Frage der Zulässigkeit medizinischer Menschenexperimente. Vier Ärzte wurden als Gutachter angehört, von denen Moses der einzige entschiedene Kritiker der bestehenden Zustände war. Den von ihm erkannten dringlichen Handlungsbedarf leitete er aus einer Gefährdung der Volksgesundheit ab. Diese Gefährdung sah er insbesondere durch eine Vertrauenskrise zwischen den Ärzten und Patienten hervorgerufen, als deren Ursache er gefährliche Experimente bei Krankenhauspatienten identifizierte. Moses stellte in seinen Ausführungen einen Bezug zur schillernden zeitgenössischen Debatte über die „Krise“ der Medizin her, die besonders in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre zu intensiven Auseinandersetzungen in der Ärzteschaft, aber auch außerhalb Anlass gab. Als eine der zahlreichen Ursachen für diese „Krise“ nannten viele zeitgenössischen Diskussionsteilnehmer eine zu starke naturwissenschaftlich-materialistische Ausrichtung der Medizin wie auch eine zunehmende Zahl an Menschenexperimenten in den Kranken-

häusern. Moses betrachtete in diesem Zusammenhang als größte Gefahr für die Volksgesundheit das „Misstrauen des Volkes zu den Ärzten, das durch das Bekanntwerden solcher wissenschaftlicher Versuche an Kranken“ neue Nahrung erhalte und zu einem Abwenden der Patienten von der sogenannten Schulmedizin beitrage. Moses führte viele Beispiele an, nach denen in öffentlichen Krankenanstalten Versuche unternommen worden waren, die keinen therapeutischen Zweck verfolgten, sondern nur vorgenommen worden seien, „um den Forschungsdrang des betreffenden Experimentators zu befriedigen“. Als Ursache für solche Studien verwies er auf eine häufig festzustellende „Überschätzung der literarischen Tätigkeit“. Eine mögliche Lösung sah er in einer besseren ethischen Erziehung der Studierenden und in restriktiven Richtlinien.

Die am 28. Februar 1931 vom Reichsgesundheitsrat an die Landesregierungen übergebenen „Richtlinien für neuartige Heilbehandlung und für die Vornahme wissenschaftlicher Versuche am Menschen“ bestanden aus vierzehn einzelnen Punkten und zeigten in einigen Abschnitten deutlich die Handschrift von Moses. So wurde zum Beispiel unter Punkt 7 geregelt, dass die ärztliche Ethik jede Ausnutzung der sozialen Notlage beim Erproben neuartiger Heilbehandlungen verbiete. Unter Punkt 10 wird eine Aufzeichnungspflicht für den Versuch verlangt, aus der der Zweck der Maßnahme, ihre Begründung und die Art ihrer Durchführung ersichtlich werden müssen. Insbesondere war ein Vermerk darüber anzufertigen, dass eine zweckentsprechende Belehrung erfolgt sei und die Versuchsperson ihre Zustimmung gegeben habe. Im letzten Punkt wird die Erziehung der Studierenden angesprochen. Es heißt dort: „Schon im akademischen Unterricht soll bei jeder geeigneten Gelegenheit auf die besonderen Pflichten hingewiesen werden, die dem Arzt bei Vornahme einer neuen Heilbehandlung oder eines wissenschaftlichen Versuchs sowie auch bei der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse obliegen.“

Die Richtlinien, an denen Moses maßgeblich mitgewirkt hatte, waren ein nur teilweise geglückter Versuch, um die Missstände zu überwinden. Sie blieben in einigen Punkten vage und boten individueller Auslegung große Spielräume. Ob sich das Forscherverhalten nach der Veröffentlichung der Richtlinien änderte, und wenn ja, welche Ursachen dafür maßgeblich waren, ist ausgesprochen schwer zu beurteilen. Julius Moses meinte, deutliche Zeichen der Wandlung zu erkennen und ging von einer Abnahme der „Experimentierseuche“ aus. Ob dies eine Reaktion auf die Richtlinien war oder mehr Resultat der öffentlichen Auseinandersetzung zu diesen Fragen, oder einfach durch die Angst der Forscher vor einem Skandal hervorgerufen wurde, ist nicht leicht zu beantworten. Moses hatte jedoch schon im Zusammenhang mit der geplanten Strafgesetzreform darauf verwiesen, dass das Experimentieren in erster Linie von Gewissen und Verantwortungsgefühl des Arztes abhängig sei, womit auch ihm klar war, dass Richtlinien allein bedenkliche Experimente nicht völlig verhindern konnten.

### ***Arzt und Politik***

Julius Moses war Jude und Arzt. Als Jude erfuhr er die antisemitischen Ausfälle, den Versuch, die politische, soziale und kulturelle Emanzipation der Juden zu verhindern. Dies konfrontierte ihn frühzeitig mit den üblen politischen und sozialen Konsequenzen der Diskriminierung einer Minderheit. Als Arzt war er mit den desolaten Gesundheitszuständen der unteren Bevölkerungsschichten, ihrer dadurch erschwerten politischen und kulturellen Entfaltung, vertraut. Die Wichtigkeit des Kampfes gegen die Diskriminierung und den Antisemitismus, den er zeitlebens führte, und die zentrale Bedeutung der „Volksgesundheit“ ergaben sich aus diesen zwei grundlegenden Erfahrungsfeldern. Hieraus resultierte die für ihn typische Verschmelzung von Arzt und Politiker. Da fast jede politische Entscheidung auch Fragen

der „Volksgesundheit“ berührte, formulierte Moses für die Ärzte die hohe Pflicht, sich politisch zu äußern. Moses selbst handelte nach dieser Verpflichtung. Er untersuchte z.B. 1931 die Folgen der Massenarbeitslosigkeit im Hinblick auf den Gesundheitszustand der Arbeitslosen in einer Ärztebefragung, was Frau Mayer-Ahuja in ihrer Arbeit genauer analysierte. Mehr als die Hälfte der befragten Ärzte stellte schon Ende 1930 psychische, psychosomatische und somatische Erscheinungen fest, die ihrer Ansicht nach auf die Arbeitslosigkeit zurückzuführen waren. In seiner prägnanten Art konstatierte Moses, dass „die untätigen, zur Hilflosigkeit verurteilten Arbeitskräfte“ physisch und psychisch „zugrunde gerichtet“ würden. 1930 kritisierte er, dass Reich, Länder und Kommunen gerade jetzt ihre Sozialtats aus finanziellen Gründen abbauen. Dies kommentierte er mit der Feststellung: „Hier fehlt der einmütige Protestruf der Ärzteschaft.“ Arbeitslosigkeit und Finanzpolitik haben eminente gesundheitliche Auswirkungen, die Gesundheits- und Sozialpolitik sowieso, so dass es eben nötig werden könne, „daß ein Arzt – eben weil er Arzt ist – zu einer politischen Stellungnahme gedrängt wird, ja daß es zu seiner ärztlichen Pflicht wird, in politischen Dingen seine Stimme zu erheben, weil dies die Volksgesundheit erfordert“.

Das Ziel der Verbesserung der „Volksgesundheit“ bestimmte auch sein Verhältnis zu seinen Standesgenossen. Ärztliche Solidaritätspolitik wurde nur insoweit von ihm akzeptiert, als sie der allgemeinen sozialen Politik nicht entgegenstehe. Ärztekammern mit Disziplinargewalt, mit Ehrengerichtbarkeit, Standesehre und Standesbewusstsein bezeichnete er in einem Brief vom März 1934, im Zusammenhang mit den Versuchen von nach Palästina ausgewanderten jüdischen Ärzten, die deutschen standesorganisatorischen Strukturen auch in Palästina zu etablieren, abschätzig als „all den bekannten Klimbim“. Die Medizin war für ihn eine soziale Wissenschaft, die im Dienste der Gesundheits- und der Sozialpolitik, der Politik überhaupt stehen sollte.

Konflikte mit den ärztlichen Funktionsträgern konnten nicht ausbleiben. Sie entstanden besonders dann, wenn konservative Standespolitiker ärztliche Interessenpolitik betrieben und experimentierende Krankenhausärzte ihre wissenschaftliche Karriere in den Vordergrund rückten, eben ihre ständischen Partikularinteressen oder wissenschaftlichen Erkenntniswünsche über die Hebung der „Volksgesundheit“ stellten. Moses wirkte, wie er es selbst etwa 1940 in einer Aufzeichnung bezeichnete, als ein „rotes – im eigenen Sinne des Wortes – Tuch für die Ärzte“, weil er diesen so oft und ungeschminkt ihre Sünden vorgehalten und so an Nimbus und Prestige der Ärzteschaft gerüttelt hatte.

Die unmittelbare und zeitnahe Verbesserung der Gesundheit des Proletariats durch Reduzierung der Kinderzahl und andere Reformen in der Gesundheitsversorgung wiesen ihn als einen humanitären und sozialen Reformers aus, der nicht die fernen Ziele der Revolution als Priorität anerkannte. Dies brachte ihn in Konflikt mit den Parteilinken der SPD, die ihm gar reaktionäre Verdummung der Massen unterstellten.

Moses hat sich durch diese Angriffe, von welcher Seite sie auch kamen, nicht beirren lassen und an seinen Grundsätzen festgehalten. Bei all seinem Engagement für die „Volksgesundheit“ wollte er nicht das Gemeinwohl im Gegensatz zu den Interessen der einzelnen Kranken und der Familien durchsetzen. Er kümmerte sich sehr um die konkrete und möglichst unmittelbare Verbesserung der Situation, auch von chronisch Kranken, denen in der NS-Zeit das Stigma der „Minderwertigkeit“ verpasst wurde. Trotz des Festhaltens an seinen Idealen war er kein weltfremder Idealist, der die konkrete politische und soziale Situation verkannt hätte. Vielmehr lieferte er sehr weitreichende Analysen und sprach mit seinem politischen, sozialen und ärztlichen Engagement zahlreiche Probleme an, deren Lösung uns heute noch nicht zufriedenstellend geglückt ist. Sein Rufen und Mahnen sowie seine konkreten Beiträge zur ärztlichen Ethik, zur

---

Gesundheits- und Sozialpolitik sind auch für die Lösung aktueller Probleme, mit denen sich Ärzte und Politiker heute auseinander zu setzen haben, wichtige Anregungen und Orientierungshilfen. Explizit soll zum Abschluss in diesem Zusammenhang auf den Schutz von ethnischen Minderheiten und ihr Recht auf freie kulturelle Entfaltung hingewiesen werden, für das Moses eingetreten ist. Weiterhin sind seine Hinweise auf die gesundheitlichen Folgen politischer Entscheidungen auch heute noch von hoher Aktualität, gerade weil sie in der politischen Debatte kaum eine Rolle spielen, vielmehr von finanzpolitischen Aspekten verdrängt werden. Auch mit der konsequenten Umsetzung sozialmedizinischer Ansätze könnten manche gesundheitlichen Probleme in unserer Gesellschaft erfolgversprechend angegangen werden. Schließlich wird man jedes halbe Jahr in der Tagespresse mit einem neuen Skandal konfrontiert, der uns klar vor Augen führt, dass auch die ethischen Probleme auf dem Feld der klinischen Forschung einer permanenten kritischen Wachsamkeit bedürfen.



*Kurt Nemitz*

---

## **Kurt Nemitz**

### **Erinnerungen an Julius Moses**

Über die wachsende Bedeutung und die zweckmäßige Ausgestaltung moderner gesundheitspolitischer Konzeptionen ist in letzter Zeit viel nachgedacht, geschrieben und diskutiert worden. Nicht nur der demographische Wandel und die neuen Entwicklungen der Erwerbsstrukturen mit ihren Auswirkungen auf die Finanzierung des gesamten Systems der sozialen Sicherung und des Gesundheitswesens sind Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen der Gesundheitsökonomie. Gleichzeitig hat sich auch eine lebhafte gesellschaftspolitische Debatte darüber entwickelt, inwieweit und auf welche Weise bei allen Erfordernissen stärkerer privater Beteiligung und des institutionellen Einbaus marktwirtschaftlicher Wettbewerbselemente gleichwohl ein umfangreiches öffentliches System der Absicherung sozialer Risiken im Gesundheitswesen auch in Zukunft aufrecht erhalten und unter dem Gesichtspunkt der sozial gerechten Lastenverteilung vernünftig finanziert werden kann.

Gebietlerisch stellt sich also auch auf diesem Gebiet wieder einmal die alte Frage nach der sozialen Gerechtigkeit als Basiswert moderner Gesellschaften, auch in der Ausgestaltung des Gesundheitswesens. Gibt es, bei aller Verschiedenheit früherer Ausgangslagen, Kontinuitäten in der geschichtlichen Entwicklung dieser Debatte?

Als vor einiger Zeit angefragt wurde, ob ich bereit sei, anlässlich der heutigen Eröffnung dieser Ausstellung über meine Erinnerungen an Leben und Werk meines Vaters, des 1942 in Theresienstadt umgekommenen sozialdemokratischen Vorstandsmitglieds und Reichstagsabgeordneten Dr. med. Julius Moses, zu sprechen, habe ich sofort und gerne zugesagt.

Da gibt es zunächst die frühen Kindheits- und Jugenderlebnisse, die sich mir eingepägt haben: die Erinnerungen an einen liebevollen und besorgten Vater, und an die schöne Kindheit in der großen elterlichen Berliner Wohnung direkt an der Spree, am Bundesrat-Ufer, als ich vom 4. Stock den Vater beobachten konnte, wie er auf dem Wege zum Reichstag zu Fuß über die Hansa-Brücke in Richtung Tiergarten davonging. Wenn ich heute meine Erinnerungen zu Papier bringe, dann verblassen aber diese Bilder vor den im Jahre 1933 eingetretenen Ereignissen, die den großen Umbruch mit sich brachten: Da gab es den plötzlichen Umzug in eine kleinere Wohnung, die mir gar nicht gefiel, sowie 1935 – was ich als Zehnjähriger nun überhaupt nicht verstehen wollte und konnte – den Umzug meines Vaters in ein möbliertes Zimmer in der nahegelegenen Levetzowstraße. Erst Jahre später, nach Kriegsende, war mir klar, dass die Trennung der Familiengemeinschaft – die Eltern waren nicht verheiratet – durch den Erlass der „Nürnberger Gesetze“ erzwungen worden war.

Die immer bedrückender werdende Atmosphäre dieser Zeit hat Moses in dem Briefwechsel mit seinem nach Tel Aviv ausgewanderten ältesten Sohn Erwin geschildert. Wer heute diese 185 Briefe liest, die Dieter Fricke 1997 herausgegeben hat, der erhält einen intimen Einblick in das damalige psychologische Klima bei den politisch Verfolgten und in die Sorgen in jüdischen Kreisen Berlins. In einem der damaligen Briefe an Erwin im Jahre 1935 schrieb er über mich: „Kurt weiß von all dem Zores noch gar nichts.“

Aber für meine Erinnerungen ist in den vergangenen Jahrzehnten eine zweite Quelle von immer größerer Bedeutung geworden: die Sichtung und Bearbeitung des von mir verwalteten umfangreichen Moses-Nachlasses, den er in den Jahren nach 1933 zusammengestellt und mit dem Blick auf spätere Leser mit zeitgeschichtlichen Kommentaren versehen hat, aus dem in dieser Ausstellung einige Dokumente gezeigt werden.

---

Mit dieser Präsentation wird an einen Vorreiter einer modernen Konzeption der Gesundheitspolitik erinnert, der zwischen 1920 und 1932 als fachlich kompetenter Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bemüht war, dem Gedanken einer „sozialen Medizin“ und einer vorbeugenden Gesundheitspflege auch in der Praxis Realisierungsmöglichkeiten zu schaffen, und der sich der geschichtlichen Dimension dieser Bestrebungen voll bewusst war. Gemeinsam mit Prof. Alfred Grotjahn wurden konzeptionelle Grundlagen geschaffen, die bis in die Gegenwart ausstrahlen.

Kein Geringerer als Willy Brandt war es, der in seiner Rede vor dem Bundeskongress der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte und Apotheker am 9. März 1975 in Köln sowohl Moses wie auch Grotjahn „bedeutende Schrittmacherdienste für die Reform des Gesundheitswesens“ bescheinigte. Im Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung wird der Rede-Entwurf verwahrt, in dem Brandt in seiner charakteristischen Handschrift das Beiwort „*bedeutende* Schrittmacherdienste“ hineinredigierte. Bei dieser Gelegenheit macht er darauf aufmerksam, dass die Sozialdemokraten im Jahre 1969 „einen Nachholbedarf an gesundheitspolitischen Reformen festzustellen“ hatten, der von 1933 an gerechnet immerhin dreieinhalb Jahrzehnte umfasste. „Er war zu groß“, so Brandt 1975, „als daß er bis heute auch nur annähernd hätte aufgearbeitet werden können.“

Ist dieser Nachholbedarf, den Brandt in die Kontinuität der sozialdemokratischen Programmdebatten seit Eisenach und Erfurt einordnete, inzwischen aufgearbeitet worden? Das ist eine Frage, die in der heutigen Debatte um die Gesundheitsreform unausgesprochen, oder gelegentlich auch ausgesprochen, auf der Tagessordnung steht.

Überblickt man das gesundheitspolitische Credo von Moses, so fällt auf, mit welcher Selbstverständlichkeit und Konsequenz er



*Elfriede Nemitz und Julius Moses*



*Julius Moses mit seinen Kindern Kurt und Lotte*

von Anfang an die medizinischen und berufs- und gesundheitspolitischen Einzelfragen in den großen politischen Zusammenhang einer übergeordneten sozial- und staatspolitischen Gesamtkonzeption stellt. Er entstammte einer Generation, für die auf der Ebene der Ministerien die verwaltungsmäßige Unterordnung der Angelegenheiten des Gesundheitswesens als eine unter vielen anderen Abteilungen des allmächtigen Innenministeriums – natürlich unter Leitung eines Juristen – noch selbstverständlich war. Die Forderung nach Schaffung eines eigenständigen Gesundheitsministeriums mit weitreichenden Kompetenzen, wie sie von Moses, Grotjahn, Magnus Hirschfeld, Anna Nemitz und G. Jacob, dem Vorsitzenden des Hausärzteverbandes, ganz zu Beginn der Weimarer Zeit in der (in der Ausstellung gezeigten und auf S. 22f. abgedruckten) Eingabe an die Volksbeauftragten der Republik aufgestellt wurde, war in der damaligen Zeit durchaus spektakulär und hatte Signalcharakter.

In dieser Eingabe kam die Entschlossenheit zum Ausdruck, der Gesundheitspolitik im Prozess der gesellschaftlichen Modernisierung eine zentrale Rolle zukommen zu lassen. Der lapidare Gedanke der Petition, dass sich die „Unkosten für die Gesunderhaltung und Krankheitsheilung eines Volkes“ durch „Steigerung und Wiederherstellung seiner Leistungsfähigkeit reichlich bezahlt machen“, könnte aus einem modernen Leitbild der Gesundheitsökonomie stammen.

Richtungsweisend war auch die Propagierung der längst überfälligen Anerkennung der Sozialhygiene als eines selbständigen akademischen Lehrfachs. Die Berufung von Alfred Grotjahn als erstem Professor der Sozialhygiene hatte sich wegen des Widerstandes der tonangebenden konservativen Kollegen an der Berliner Universität als schwierig genug erwiesen. So wurde die Berufung immer wieder hinausgeschoben. Aber schließlich ließ sie sich nicht mehr verhindern. Auch das hatte Signalcharakter. Und damit kam man auch in der politisch-programmatischen

---

Etablierung und Auslegung dieses Begriffs voran. Der israelische Sozialhistoriker Daniel Nadav hat diese Entwicklung in seinem 1985 erschienenen Buch über „Julius Moses und die Politik der Sozialhygiene in Deutschland“ geschildert.

Moses ging in seiner Auslegung einer „Politik der Sozialhygiene“ durchaus praxisorientiert vor. Er verkündete unverdrossen seine These, eine moderne Gesundheitspolitik sei dann am besten zu realisieren, wenn man gleichzeitig eine gute „Lohn- und Wohnpolitik“ betreibe. Der Zusammenhang zwischen der gesundheitlichen Verfassung der arbeitenden Bevölkerung einerseits und ihrer sozialen Situation – z.B. den beengten Wohnverhältnissen in den alten Mietskasernen, aus denen Moses die Erfordernisse eines modernen Städte- und Wohnungsbaus ableitete – andererseits lag schon lange auf der Hand.

Schließlich löste seine im Krisenjahr 1931 an Regierung und Parlamente gerichtete Denkschrift über „Arbeitslosigkeit. Ein Problem der Volksgesundheit“ eine breite öffentliche Diskussion aus. Erst vor kurzen – 1999 – ist dieses Thema u.a. durch eine Arbeit von Nicole Mayer-Ajuha über „Massenarbeitslosigkeit, Reform der Sozialpolitik und die gesundheitlichen Folgen“ wieder in Erinnerung gebracht worden.

Für Moses ist die Arbeitslosigkeit mit ihren schwerwiegenden Folgen in übergeordneter politisch-ganzheitlicher Sicht, wie er sagte, „ein sozialer Krankheitsfaktor“. Folgerichtig ist für ihn, wie die Sozialversicherung als Ganzes, auch „die Arbeitslosenfürsorge ein Teil der öffentlichen Gesundheitspolitik.“ Diese „gesundheitliche Bedeutung der Arbeitslosigkeit wird leider von der Gesetzgebung nicht beachtet“ – so Moses vor über 70 Jahren. Diskussionsbedarf hierzu besteht noch heute!

Mit welchen Überlegungen und auf welchen Wegen haben Moses und seine Freunde nun jene von Brandt so bezeichneten

„Schrittmacherdienste“ geleistet, die hier zum Ausdruck kommen und die ihn schon vorher – etwa um 1910 – zur Sozialdemokratie führten? In seinem Nachlass finden sich zahlreiche Hinweise, die er in den letzten Jahren der Verfolgung aufgezeichnet hat.

Moses hat während der ganzen Zeit seines kämpferischen Einsatzes für die Sozialmedizin bewusst an die weitsichtige Gedankenführung der Medizinalreformer von 1848 angeknüpft.<sup>1</sup>

Der junge Rudolf Virchow hatte in der von ihm gegründeten Zeitschrift „Medizinische Reform“ 1848 festgestellt: „Die Ärzte sind die natürlichen Anwälte der Armen, und die soziale Frage fällt zu einem erheblichen Teil in ihre Jurisdiktion.“ Moses wurde nicht müde, der Schulmedizin dieses Bekenntnis immer wieder vor Augen zu halten. Und hier sind auch die Verbindungslinien zu Prof. Alfred Grotjahn zu suchen, mit dem er später freundschaftlich verbunden war.

Rudolf Virchow war übrigens in späteren Jahren, das darf hier nicht vergessen werden, nicht nur für junge Mediziner ein Vorbild, sondern auch für kämpferische Liberale: Schließlich hatte der Altmeister 1861 zu den Mitbegründern der Fortschrittspartei gehört, er war einer der heftigsten Gegner Bismarcks geworden, hatte sich im Kulturkampf hervorgetan und wurde schließlich 1899 auf den Schild des Ehrenvorsitzenden der Freisinnigen Volkspartei gehoben.

In diesem Jahre 1899 wagte Moses zum ersten Mal den Aufstand als Mediziner. Der 31jährige war vorübergehend in Liegnitz als Arzt tätig und hatte auf eigene Faust Studien über die

---

<sup>1</sup> Hierzu siehe u.a. Julius Moses, Arzt und Politik, in: Die Medizinische Welt. Ärztliche Wochenschrift, Nr. 31, 1930, S. 1116f., sowie ders., Die Politik als Voraussetzung der Medizinalreform von 1848, in: Der Kassenarzt, Jg. 9, Nr. 8 v. 9.4.1932.

---

Kindersterblichkeit in dieser Stadt angestellt. Am 13. November 1899 hielt er – der „Liegnitzer Anzeiger“ berichtete am nächsten Tag davon – vor dem Gewerbeverein Liegnitz einen Vortrag, in dem er anhand ausführlicher Untersuchungen und Statistiken feststellte, die Stadt „genieße den traurigen Ruhm, in ganz Deutschland die höchste Sterblichkeitsziffer zu besitzen“. Das Volk müsse über die Situation aufgeklärt werden. Diese Aufklärung „zu erteilen, wäre in erster Linie Sache der Ärzte, aber leider sei davon nichts zu erhoffen, denn die Ärzte schlossen sich ebenso wie andere gebildete Kreise vom Volke ab“.

Der Vortrag und die im Anschluss daran im „Liegnitzer Anzeiger“ veröffentlichten Zeitungsartikel lösten in der kleinen Stadt erhebliche Erregung aus. Die Frage der Kindessterblichkeit wird zwei Mal in der Stadtverordnetenversammlung diskutiert. Moses aber fordert unbefangen die Einrichtung von Kinder-Polikliniken und Ambulatorien, „gegen die sich die meiste Opposition der Ärzte richtet, eine Opposition, die zum größten Teil aus rein wirtschaftlichen Sonderinteressen entspringt ... Der soziale Fortschritt kann auf eine einzelne Berufsklasse keine Rücksicht nehmen, wenn die Gesamtheit darunter leidet ... Ein neues Jahrhundert ist angebrochen, es soll dies das Jahrhundert der sozialen Gerechtigkeit sein.“

\*\*\*

Im Lebensweg von Moses verkörperte sich das Schicksal eines in der Öffentlichkeit zu hohem Ansehen gelangten kämpferischen Sozialdemokraten, der nicht nur als Arzt und Wissenschaftler, als Parlamentarier und Gesundheitspolitiker tätig gewesen ist, sondern auch als Vertreter jüdischer Interessen. Mit zahlreichen Beiträgen zu Literatur und Geschichte hat er sich an der geistigen und kulturellen Auseinandersetzung seiner Zeit aktiv beteiligt. Eine vorläufige Bibliographie seiner Schriften, Artikel und Reden umfasst mehrere Hundert Positionen.

Julius Moses wurde am 2. Juli 1868 als Sohn eines Handwerkers in Posen geboren. Er besuchte das Gymnasium und die Universität Greifswald, wo er 1892 als Dr. med. promovierte. Bald zog es den jungen Arzt in die aufstrebende Hauptstadt Berlin. Nach seiner Niederlassung im Norden der Stadt ist er nun aber nicht nur mit dem Aufbau seiner Praxis beschäftigt, sondern wird – wie es mit der gebotenen Vorsicht in der „Großen jüdischen Nationalbiographie“ von S. Winniger heißt – sofort „öffentlich politisch tätig“ und beschäftigt sich umgehend mit den Problemen der „Judenfrage“ und der Sozialpolitik.

Schon 1895 ist die erste politische Aktion fällig: Der 28jährige frischgebackene Doktor der Medizin hält bei der Märzfeier des Deutsch-Freisinnigen Arbeitervereins die Gedächtnisrede. Er weist auf die bevorstehende Wiederkehr des 18. März hin und betont „dass in einer denkmalwütigen Zeit, in der man jedem, auch dem unbedeutendsten Sproß“ aus dem Hohenzollernhaus, ein Denkmal setze, auch „das Volk seinerseits den Männern, die ihr Leben im Kampfe für die Freiheit des Volkes gelassen, ein Denkmal schulde“.<sup>2</sup>

Um die Jahrhundertwende widmet Moses sich auch jüdischen Angelegenheiten. Sein 1902 in Buchform veröffentlichter Vortrag „Das Handwerk unter den Juden“ ist ein leidenschaftlicher Aufruf zur Überwindung der Lethargie, zu mehr Selbstachtung und zur Selbsthilfe durch verbesserte Organisation. Die Gemeinde wurde aufgerufen, sich selbst mehr für die Handwerksbetriebe zu engagieren. Der Verein selbständiger Handwerker jüdischen Glaubens in Berlin richtete jedenfalls an die jüdischen

---

<sup>2</sup> Moses, J.: Ein Denkmal für die Märzgefallenen, in: Das Blaubuch. Wochenschrift für öffentliches Leben, Literatur und Kunst, Berlin, 4. Jg., Nr. 12 v. 18. März 1909.

---

Glaubensgenossen „die Bitte, den dringenden Mahnrufen des Verfassers ein williges Gehör zu schenken“.<sup>3</sup>

Begeisterung und Leidenschaft kennzeichnen die Aktivitäten auf einem ganz anderen Gebiet: dem der jung-jüdischen Dichtung. Als Ergebnis der Beschäftigung mit der jüdischen Literatur erscheint 1907 die 288 Seiten umfassende Anthologie „Hebräische Melodien“. „Der Eintritt der Juden in die europäische Kultur“, so heißt es in der Einleitung, „war der Beginn einer neuen Revolution, die noch in unsere Tage hineinragt.“ Die Juden seien „Führer in den Revolutionen des 19. Jahrhunderts“ und „emigrierende Mitarbeiter an einer neu emporsteigenden Kulturepoche“ gewesen.<sup>4</sup>

Im gleichen Jahr wird das Sammelwerk „Die Lösung der Judenfrage“ veröffentlicht. Das heute noch oft zitierte Werk – u.a. enthält es Äußerungen von Thomas Mann und Rainer Maria Rilke – bietet eine interessante Darstellung der zu jener Zeit vorhandenen Vorstellungen zur Lösung des Problems.<sup>5</sup> Es ging um die Frage: Assimilation, Ja oder Nein.

Von besonderer Bedeutung ist der von Moses in den Jahren 1902 bis 1910 herausgegebene und wöchentlich in Berlin erschienene „Generalanzeiger für die gesamten Interessen des Judentums“. Dieses Blatt – lebendig geschrieben und vor keinem Tabu zurückschreckend – ist geradezu eine Fundgrube für diejenigen, der sich über kämpferische Meinungen innerhalb des jüdischen Bereichs in jenen Jahren informieren will. Soweit

---

<sup>3</sup> Dem inzwischen verstorbenen Ernst Hamburger, New York, bin ich zu Dank verpflichtet, dass er mir eine Ablichtung der selten gewordenen Veröffentlichung aus dem Bestand der New York Public Library zukommen ließ. Dr. Hamburger war vor 1933 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses.

<sup>4</sup> Moses, J. (Hg.), Hebräische Melodien – Eine Anthologie. Berlin-Leipzig 1907.

<sup>5</sup> Moses, J., Die Lösung der Judenfrage. Eine Rundfrage, veranstaltet von Julius Moses. Berlin-Leipzig 1907.

ich es übersehen kann, ist der „Generalanzeiger“ noch nie Gegenstand einer größeren Untersuchung gewesen.

Im Mittelpunkt steht immer wieder die Frage nach dem wirksamsten Weg zur Bekämpfung des Antisemitismus. So wird dem biederen Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens die Frage vorgelegt, was er damit meine, ein jeder solle den politischen Antisemitismus „in seiner Partei“ bekämpfen. „In welcher Partei“, fragt Moses provokativ in seinem Generalanzeiger zurück. „In der antisemitischen, der konservativen, der Zentrumsparthei, bei den Polen können wir es nicht, in der Sozialdemokratie sollen und wollen es die deutschen Juden nicht, bei den nationalliberalen? Sehr zweifelhaft! Bleibt also nur die Liberale.“ Aber: „Die Tatsache, dass der größte Teil der Liberalen, besonders der Freisinnigen Volkspartei, in jedem Antisemiten grundsätzlich das ‚kleinere Übel‘ einem Sozialdemokraten gegenüber erblickt, ist jetzt schon eine so allgemeine geworden, dass wir uns kaum noch länger darüber wundern ...“

In dieser Enttäuschung über die Liberalen deutet sich bereits die politische Konsequenz an, die bald darauf gezogen wird. Moses, der den politischen Kampf immer mit Humor zu verbinden gewusst hat, veröffentlicht 1903, gewissermaßen als Schlusspunkt nach der freisinnigen Blockbildung, eine Flugschrift mit dem Titel „Was hat der Blockfreisinn bisher für den Fortschritt in Deutschland geleistet?“. Man schlägt die ansehnlich aufgemachte Broschüre auf ... und stößt auf leere Blätter. Antwort auf die Frage: nichts!

Von Humor war die Rede: Moses hat sich in allen Stadien seines Lebens bemüht, durch eigenes Verhalten deutlich zu machen, dass auf dem Feld der geistigen Auseinandersetzung ohne persönliche Verunglimpfung des Gegners die schärfste Auseinandersetzung dann möglich ist, wenn sie mit Witz und Ironie vorgetragen wird. Darin lag auch seine Beliebtheit als Berliner

---

Abgeordneter. Der „Berliner Krakehler“ von 1848 lag ihm besonders am Herzen. Im Jubiläumsjahr hat er ihm einen Artikel gewidmet.

Ab 1902 gab er im Verlag des Generalanzeigers gemeinsam mit Dr. Max Jungmann als Redakteur in Berlin den „Schlemiel“ heraus, das erste illustrierte jüdische Witzblatt. Es war die Zeit der Diskussionen über den aufkommenden Zionismus. Das Blatt nahm Theodor Herzl gegen seine im eigenen Lager befindlichen Gegner in Schutz.

Man muss die Protokolle einer fiktiven „Nachtsitzung“ des Zionistenkongresses über den Antrag zur Schaffung einer „Zentrale für Schlemieligkeiten“ gelesen haben, um nachzuempfinden, mit welcher ironischen Schärfe die verschiedenen Richtungen innerhalb des Judentums karikiert wurden. Alle kommen zu Wort: die Delegierten Max Nordau, Dr. Klee, Dr. Heinrich Löwe, Sir Francis Montefiore und auch (mit stürmischem Beifall und Händeklatschen begrüßt) Fräulein Dingsda. Schließlich schreitet der Präsident zur Abstimmung. Zunächst werden die Anträge „in 20 mögliche und 30 unmögliche Sprachen übersetzte“. Dann erklärt Dr. Herzl als völlig unparteiischer Vorsitzender: „Ich bitte nunmehr, indem ich, ohne die Abstimmung beeinflussen zu wollen, es für die Pflicht eines jeden erkläre, mit Ja zu stimmen, diejenigen, die mit Nein stimmen wollen, sich zwei Minuten ruhig zu verhalten. (Nach einer Pause) Der Antrag ist angenommen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen).“

Aber auch ganz simple Witze werden im Schlemiel gebracht. Ein Beispiel, allerdings in erster Linie für Kenner der Berliner Verhältnisse. „Das Söhnchen des bekannten Warenhausbesitzers Tietz war zum ersten Mal in den Religionsunterricht gegangen. Als der Knabe nach hause kam, wurde er gefragt, wie es ihm in der Schule gefallen habe, worauf er entrüstet antwortete: Dort-hin gehe ich nie wieder! Der Mann hat uns die ganze Stunde von

Adam, Israel und Jordan erzählt, aber Tietz hat er nicht ein einziges Mal erwähnt.“ (Zum Verständnis: auch Adam, Israel und Jordan waren damals bekannte Berliner Kaufhäuser).

Oder diesen: „In der Sektion B des deutschen Alpenclubs haben sich bei der Wahl über neu aufzunehmende Mitglieder antisemitische Tendenzen gezeigt. Da deren Vertreter jedoch in der Minorität blieben, sind sie vor kurzem ausgetreten und haben eine eigene Sektion gebildet, die von der hinterbliebenen Majorität als Sektion Allgoi bezeichnet wird.“

Der „Schlemiel“ ist übrigens inzwischen zu einer Rarität geworden. Kaum eine Bibliothek hat ihn katalogisiert. Ein Jahrgang konnte vor einiger Zeit vom Direktor der Frankfurter Stadtbibliothek in einem Antiquariat in Tel Aviv erworben werden. Er gehört jetzt zur Grundausrüstung des Frankfurter Jüdischen Museums.

Übrigens ist der Generalanzeiger in schönen Exemplaren in der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz in Berlin erhalten geblieben. Die Nazis sind hier von der Sorgfalt preußischer Bibliotheksräte überlistet worden. Die schönen Lederbände mit dem roten Stempel „Preußische Staatsbibliothek“ wurden – als Bestandteil des „Giftschrankes“ – bombensicher ausgelagert ... und damit für die Nachwelt gerettet. Auch die Public Library in New York – wie ich mich überzeugen konnte – und natürlich die Bibliothek der Hebräischen Universität Jerusalem habe Exemplare.

Auf der von Michael Nagel im Jahre 2000 vom Institut für deutsche Presseforschung an der Universität Bremen zum Thema „Zwischen Selbstbehauptung und Verfolgung – Deutschjüdische Zeitschriften von der Aufklärung bis zum Nationalsozialismus“ organisierten internationalen Tagung habe ich über den „Generalanzeiger“ und den „Schlemiel“ berichten können. In beiden Redaktionen, die mit Moses eng zusammen arbeiteten,

---

herrschte in den ersten Jahren nach der Jahrhundertwende um 1900 in den Berliner jungjüdischen Intellektuellenkreises eine besondere Aufbruchstimmung, die von einem starken Selbstbewusstsein und der Hoffnung auf eine positive deutsch-jüdische Zukunft getragen war. Der Tagungsband ist inzwischen als Band 25 der vom Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien herausgegebenen wissenschaftlichen Abhandlungen (Georg Olms Verlag, Hildesheim, Zürich, New York, 2000) erschienen.

Moses war leidenschaftlicher Sammler parlamentarischer Redeblüten. In seinem Nachlass umfasst die Sammlung einen ganzen Aktenordner. Viel Treffsicheres ist darunter. Allgemein gültig bleibt sicher der Hinweis des Abgeordneten Dr. Ludwig Bamberger: „Alles, was man nicht widerlegen kann, das nennt man Theorie, und alles, was man nicht nachweisen kann, das nennt man Praxis.“

Ganz aktuell wäre der Abgeordnete Richter: „Das Vaterland kann ruhig sein: Preußen wird im Schuldenmachen hinter den übrigen Staaten nicht zurückbleiben.“

Diskussionsfähig bleibt schließlich auch der Hinweis des Abgeordneten Hoffmann in der Beamtendebatte: „Wir müssen den Beamten zu einem festen Verhältnis verhelfen.“

Solche Beispiele fanden vielfältige Verwendung. Auf dem Höhepunkt der Weimarer Zeit, im Jahre 1928, wurden „Neue zehn Gebote“ veröffentlicht, „die dieser Moses für Reichstagsnovizen aufgestellt hat“. Darin heißt es in Anspielung auf einen Kollegen: „Vergiß nicht, bei der Erörterung der Jugendprobleme der Regierung den Alkohol dringend ans Herz zu legen.“ Aber es gab auch nach innen gezielte „Regelungen für sozialdemokratischen Redner im Reichstag“. Eine der Aufforderungen lautet: „Gebrauche recht häufig Fremdworte, sprich sie falsch aus oder betone sie an der falschen Stelle.“

Zunächst – wie auch sein späterer Reichstagskollege, Dr. Rudolf Breitscheid – bei den Freisinnigen aktiv, schloss sich Moses 1910 der Sozialdemokratie an. Nur wenige Jahre zuvor hatte sich August Bebel in seiner berühmten Parteitage-Rede zum Thema Antisemitismus geäußert. Mit dieser Weichenstellung schuf Moses sich die Basis, die ihm Ausgangspunkt für seine spätere Tätigkeit als Mitglied des Reichstags (von 1920 bis 1932) und Vorstandsmitglied von USPD und SPD wurde. Übrigens gibt es zwischen Moses und Breitscheid zahlreiche Parallelen. Beide gehörten der gleichen Generation an (1868 bzw. 1874 geboren); beide kamen über die Freisinnigen zur SPD und zeichneten sich durch eine besondere rednerische Begabung aus. Und beide starben in nationalsozialistischen Lagern: Moses 1942 in Theresienstadt und Breitscheid 1944 in Buchenwald.

\*\*\*

Der Schwerpunkt der öffentlichen Wirksamkeit von Moses liegt auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik. Weit spannt sich der Bogen seiner ärztlichen und politischen Tätigkeiten, wobei er von Anfang an als populärer Volksdoktor galt. Eine der kleinen Geschichten um ihn verdanken wir dem im Schweizer Exil lebenden Wilhelm Dittmann, der in einem seiner Artikel im „Volksrecht“ berichtete, Moses habe einst in seinem Wartezimmer ein Schild angebracht, auf dem man lesen konnte: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut – Drum öffne, wenn es klingeln tut.“

In seiner vorwiegend von Arbeiterfamilien besuchten Praxis hatte Moses im übrigen die Erfahrung sammeln können, dass zwischen dem reichen Kindersegen der Proletarierfamilie und ihrer sozialen Notlage ein vielfältiger Zusammenhang bestand. So ist es nicht verwunderlich, dass er bald zu den konsequentesten Befürwortern der Geburteneinschränkung zählte. Der zün-

dende politische Funke sprang über, als er 1912 den „Gebärstreik“ propagierte.<sup>6</sup> Als Moses und sein Kollege, der Berliner Stadtverordnete Dr. Alfred Bernstein, in einer systematischen Veranstaltungskampagne damit begannen, den Frauen ihr Recht am eigenen Leib klarzumachen und die Anwendung empfängnisverhütender Mittel empfohlen, fühlten sich die Exponenten des Kaiserreichs an einer offenbar sehr verwundbaren Stelle getroffen und brachen in helle Empörung aus. Der Oberst im Generalstab, Bauer, warnte in seinem Memorandum die Oberste Heeresleitung vor den Konsequenzen, die durch einen „Gebärstreik“ für die Bevölkerungsentwicklung und die Rekrutierung der Armee entstehen können.

In einer Verfügung vom 25. November 1912 ordnete der Berliner Polizeipräsident Traugott von Jagow („Ich warne Neugierige“) unter Hinweis auf Vorträge von Moses und Dr. Magnus Hirschfeld an, „im Interesse der Sittlichkeit die Veranstaltung von öffentlichen Vorträgen über Angelegenheiten des Geschlechtslebens“ nur noch dann zuzulassen, wenn diese Vorträge ausschließlich vor erwachsenen männlichen Personen stattfinden und wenn „dabei alles unterbleibt, was geeignet ist, sittlichen Anstoß zu erregen, insbesondere dabei keinerlei Fragestellung und -beantwortung über geschlechtliche Angelegenheiten stattfindet“.<sup>7</sup>

In der politischen Laufbahn von Moses stellt die „Gebärstreik“-Debatte einen ersten Höhepunkt dar, der ihn in breiten Bevölkerungskreisen bekannt machte und sein Ansehen als fachlich befähigten, überzeugungskräftigen und schlagfertigen Redner er-

---

<sup>6</sup> Siehe hierzu: Nemitz, K.: Julius Moses und die Gebärstreikdebatte 1913, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv, Bd. 2 (1973), S. 321 ff.

<sup>7</sup> Original im Nachlass Moses. Vgl. hierzu: Nemitz, K.: Julius Moses – Nachlaß und Bibliographie, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK) 10 (1974), H. 2, S. 219 ff.

heblich steigen ließ. Nicht nur die Konservativen fühlten sich bedroht, sondern ... auch die sozialdemokratischen Genossen, die im Hinblick auf die Massenbasis ebenfalls „Rekrutierungs“-Sorgen hatten. In der „Neuen Welt“ in der Hasenheide kam es zu Massenversammlungen, in denen Rosa Luxemburg und Clara Zetkin vom hohen Kothurn der Parteileitung der SPD versuchten, die Thesen des unbotmäßigen Genossen Dr. Moses zu widerlegen. Der Versuch misslang. Stattdessen jubelten die Arbeiterfrauen dem bis dahin unbekanntem Doktor zu. Die „Tribüne“ meinte dazu kurz und bündig: „Rosa Luxemburg und Clara Zetkin wurden nach allen Regeln der Kunst besiegt.“

Schließlich nahmen sich auch satirische Blätter der Sache an: Im „Kladderadatsch“ erschien eine Karikatur, die die ägyptische Königstochter Rosa am Nil zeigt, wie sie den kleinen Dr. Moses findet. Darunter steht der Text: „So erklärt sich ihre Neigung *für* und seine Neigung *gegen* das häufige Gebären.“

Die eigentliche Bedeutung der „Gebärstreik“-Kampagne mag wohl darin zu sehen sein, dass sie die alte Debatte über die Alternative „Quantität oder Qualität des Bevölkerungswachstums“ auf den maßgebenden Bezugspunkt der sozialen Ausgestaltung der Gesellschaftsordnung fixierte und die Regulierung der Geburtenzuwachsrate als eine Voraussetzung für die Wohlstandsmehrung und den Kulturaufstieg der Völker ansah. Zieht man den großen Bogen zu den heutigen Diskussionen über die „Familienplanung“, die für die überbevölkerten Entwicklungsländer immer mehr von schicksalhafter Bedeutung wird, so wird man sagen können, dass die der „Gebärstreik“-Kampagne zugrunde liegenden Gedanken – wenn auch in veränderter Form – ein halbes Jahrhundert später in glänzender Weise bestätigt wurden.

Als Mitglied des Reichsgesundheitsrates und gesundheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion im Reichstag konnte Moses in vielfältiger Weise Einfluss ausüben. Eine besondere Rolle spiel-

---

te hierbei die von Moses von 1924 bis 1933 in Berlin herausgegebene Zeitschrift „Der Kassenarzt“, in der die Kritiker der konservativen ärztlichen Standespolitik zu Wort kamen.

Am 21. März 1921 begründete er zum wiederholten Male im Reichstag den Antrag, „sobald als möglich ein selbständiges Reichsministerium für Volksgesundheit unter fachmännischer Leitung“ einzurichten. Und er erinnerte erneut daran, dass bereits Rudolf Virchow 1848 die Forderung nach einem selbständigen Gesundheitsministerium erhoben habe.<sup>8</sup>

Als politisch bedeutsam erwies sich auch die Diskussion um eine der erregendsten Medizin-Affären der Weimarer Zeit, als 1930 nach Impf-Experimenten an Kleinkindern in Lübeck 75 Säuglinge starben. Moses, der in dem Aufsehen erregenden gerichtlichen Untersuchungsverfahren als Gutachter der Reichstagsfraktion gehört wurde, wandte sich energisch gegen die „Experimentierseuche“ an öffentlichen Kliniken und forderte den Erlass schärferer Bestimmungen gegen die sich häufenden Experimente an Menschen. Schließlich erzwang die in der Öffentlichkeit geführte Debatte die Einberufung einer Sondersitzung des Reichsgesundheitsrates (14. März 1930) zu diesem für die ärztliche Berufsausübung wichtigen ethischen Grundsatzthema. In seinem Buch „Der Totentanz von Lübeck“<sup>9</sup> hat Moses, der selbst Mitglied des Reichsgesundheitsrates war, seine Argumentation ausführlich erläutert. Tatsächlich führte diese Debatte zum Erlass neuerer und schärfer formulierter Richtlinien für die Vornahme von Experimenten an Menschen, die in ihren Grundzügen bis heute ausstrahlen. In seiner Heidelberger Dissertation (Institut für Geschichte der Medizin, Leiter Prof. Dr. Wolfgang U. Eckart) über „Humanexperimente in der

---

<sup>8</sup> Hierzu Kurt Nemitz: Die Bemühungen zur Schaffung eines Reichsgesundheitsministeriums in der ersten Phase der Weimarer Republik 1918-1922, in: *Medizinhistorisches Journal*, Bd. 16, 1981, H. 4, S. 424-445.

<sup>9</sup> Moses, J.: *Der Totentanz von Lübeck*, Radebeul/Dresden 1930.

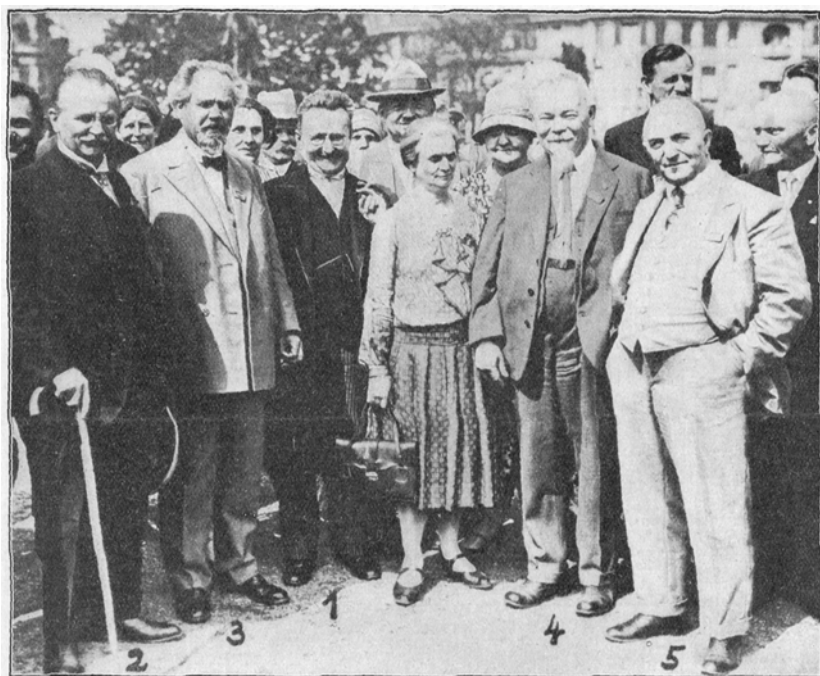
Weimarer Republik und Julius Moses' Kampf gegen die Experimentierwut“ (die 2004 als Buch unter dem Titel „Menschenversuche in der Weimarer Republik“ erschienen ist) hat Jens Reuland eine ausführliche Darstellung der damaligen Debatte gegeben. Die Aktualität dieses Themas liegt angesichts neuerer Diskussionen um Fragen der ärztlichen Ethik auf der Hand.

Mit besonderem Nachdruck setzte sich Moses als gesundheitspolitischer Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Abschaffung bzw. Novellierung des Abtreibungsparagraphen 218 des Strafgesetzbuches ein. „Die Sozialdemokratie“, so unterstreicht er in einer seiner zahlreichen Stellungnahmen, „lehnt den Abtreibungsparagraphen, trotz ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Abtreibung ab, weil sie der Überzeugung ist, dass eine soziale Krankheitserscheinung – und das ist die Abtreibung – nicht durch das Strafgesetz geheilt werden kann. Die sogenannte ‚Abtreibungsseuche‘ ist eine Folge des sozialen Elends des Proletariats. Das einzige wahre Heilmittel ist die Hebung des sozialen Standards der Bevölkerung. Man gebe dem Proletariat die Möglichkeit, seine Kinder zu ernähren und zu erziehen, so wird die Abtreibung von selbst verschwinden. Eine soziale Wohn- und Lohnpolitik wird allein das erreichen“, was das Strafgesetz nicht erreichen kann. Auf jeden Fall soll aber neben der medizinischen auch eine soziale und ethische Indikation vorgesehen werden.

Auch bei den jahrelang andauernden Beratungen über das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten betonte Moses immer wieder die ursächlichen Zusammenhänge zwischen der sozialen und wirtschaftlichen Notlage der betroffenen Bevölkerungsgruppen und der besorgniserregenden Ausbreitung dieser Erkrankungen. Diese Überlegungen fanden auch Eingang in den 1927 im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. veröffentlichten Gesetzeskommentar von J. Moses und C. Geyer.

\*\*\*

In der Zeit seiner Tätigkeit als Mitglied des Reichstags ist Moses aber nicht nur auf dem Feld der Gesundheitspolitik, sondern auf zahlreichen anderen Gebieten tätig. So wirkt er aktiv im parlamentarischen Untersuchungsausschuss über die Ursachen des Zusammenbruchs im Jahr 1918 mit. Er wird zum Berichterstatter über die Frage des Verhaltens des Deutschen Reichstages im Weltkrieg bestimmt und weist die Legende von der angeblichen „Drückebergerei“ der Juden im Weltkrieg zurück.



### Die Vertrauensleute der Judentiftatur:

1) Genosse Spebe — 2) Genosse Bartels, preuß. Landtagspräsident — 3) Eriksen, der Mann ohne Vaterland — 4) Bartelssekretär Lorenz — 5) Genosse Dr. Moses, der Rader von's Ganze, auf dem Parteitag der C. P. D. in Magdeburg

*Antisemitische Hetze*

Ein anderes Gebiet seiner parlamentarischen Tätigkeit umfasst die Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung. Im Jahre 1929 kommt es zu einem öffentlichen Skandal, als er im Reichstag die Förderung antisemitischer Machwerke durch die Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaften aufdeckt. Über diese aufschlussreiche Episode habe ich vor einigen Jahren im Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv berichtet.<sup>10</sup>

In den letzten Jahren der Republik gehört Moses zu denjenigen, die rechtzeitig vor den Gefahren des Nationalsozialismus warnen. Er sieht die Tötung unheilbar Kranker voraus und wehrt sich gegen die Hetze gegen die jüdischen Ärzte. 1931 berichtete er über „Nationalsozialistische Ärzte als Provokateure“. Noch am 25. Januar 1933 warnt er in seiner Zeitschrift „Der Kassenarzt“ vor dem „Pg. Conti im Preußischen Innenministerium“. Dann nimmt die Tragödie ihren Lauf.

Moses gehört zu denjenigen Politikern der Weimarer Republik, die nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten – obwohl als sozialdemokratischer Parlamentarier und als Jude doppelt gefährdet – das Schicksal auf sich nahmen, an der Stätte ihres politischen Wirkens, in Berlin zu bleiben. Die Selbstverständlichkeit, mit der er diese Entscheidung traf, entsprach der Überzeugungskraft eines gereiften Politikers, der auch Schicksalsschläge ungebeugt auf sich nimmt, und einem tief verwurzelten Zugehörigkeitsgefühl zur Kultur und zu den Menschen seines Heimatlandes. Gleichwohl mag er auch dadurch maßgebend beeinflusst worden sein, dass er 1933 schon 65 Jahre alt war und auf ein erfülltes Leben zurückblicken konnte.

---

<sup>10</sup> Nemitz, K.: Antisemitismus in der Wissenschaftspolitik der Weimarer Republik: Der Fall „Ludwig Schemann“, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv, Bd. 12 (1983), S. 377-407.

Hinzu kam die enge Bindung an den Berliner Freundeskreis um den früheren Reichstagspräsidenten Paul Löbe, die spätere Bürgermeisterin Louise Schroeder und die frühere Reichstagsabgeordnete Anna Nemitz.<sup>11</sup> Jahrelang trafen sich die Freunde, mal in der einen, mal in der anderen Wohnung, oder bei einem Spaziergang im Grunewald. Diese Freundschaft hat, trotz aller Gefährdungen, die schwersten Stürme überstanden. Sie war überdies auch Kristallisationspunkt für einen größeren Kreis Gleichgesinnter, der engen Kontakt hielt.



*Treffen im Grunewald, 1937*

---

<sup>11</sup> Siehe hierzu: Nemitz, K.: Anna Nemitz – Blätter der Erinnerung, hrsg. v. Sozialpädagogischen Institut, Berlin 1988, sowie Nemitz, K.: „Ein der Gerechtigkeit gewidmetes Leben“. Erinnerungen an die Reichstagsabgeordnete und Berliner Stadtälteste Anna Nemitz (1873-1962), in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 2004, S. 151-164

So bringt z.B. der 70. Geburtstag am 2. Juli 1938 für meinen Vater noch einmal eine große Aufmunterung. „Fast kann ich selbst nicht glauben“, so notierte er wenige Tage danach, „aber Tatsache ist, das 51 Personen bei mir gewesen sind und mir persönlich Glückwünsche ausgesprochen haben. 58 Briefe und Karten sind bei mir eingegangen, und 21 Freunde haben mir telefonisch gratuliert. Gewiss kein Vergleich mit zehn Jahren vorher. Aber doch: ich bin nicht vergessen ...“

Nach 1933 hatte Moses, Zeit seines Lebens voller Schaffenskraft und an Betriebsamkeit gewöhnt, unter der erzwungenen Untätigkeit besonders zu leiden. Als Arzt hatte er seit langem nicht mehr praktiziert (gleichwohl wurde ihm 1938 die Zulassung aberkannt). So reifte der Gedanke heran, Erinnerungen zu schreiben und seinen umfangreichen Aktenbestand zu ordnen. Er wusste, dass er dabei das Risiko des Verlustes einkalkulieren musste. Aber allen Belastungen zum Trotz nutzte er die noch verbleibende Zeit, seine Gedanken und Ansichten für die kommende Generation festzuhalten. Seine Botschaft ist angekommen. Anna Nemitz – während der Nazi-Zeit als ehemalige Reichstagsabgeordnete selbst gefährdet – hat den Nachlass in ihrem Haus in Berlin-Köpenick (versteckt unter dem Kohlenhaufen im Heizungskeller) für die Nachwelt aufbewahrt.

Im Juni 1942 wurde Moses, 74jährig, nach Theresienstadt deportiert. Über die letzten Wochen liegt ein erschütternder Bericht von Hermann Wolff vor, der im Mai 1944 fliehen konnte, bei sozialdemokratischen Freunden in Berlin ein Versteck fand und das Inferno überlebte.

„Als Häftling 1/39-3250 kam ich am 6. August 1942 in das Lager Theresienstadt“, so heißt es in dem Bericht, „woselbst ich sofort auf die Suche nach meinen Berliner Freunden und Bekannten ging. Ich fand wenig später Dr. Moses als sogenannten ‚prominenten Häftling‘, mit zehn Herren ein Zimmer teilend,

---

auf dem Boden liegend, nur notdürftig mit einer Decke zuge-  
deckt, sehr unter nagendem Hunger leidend, aber voller Hoff-  
nung auf eine baldige bessere Zukunft.“ Moses habe ihm aufge-  
geben, bei geglückter Flucht über das Leben im Lager, über sei-  
ne Hoffnung auf den Sieg über die Unmenschlichkeit und insbe-  
sondere über seine Fürsorge zu berichten, die er dem Abgeord-  
neten Hoch zuteil werden ließ. „Herr Hoch, der gleichfalls sehr  
unter dem Hunger litt, war oft leichtsinnig bei der Aufnahme  
verdorbener Speisen, insbesondere Brot, das fast immer stark  
schimmelte, starke Darmbeschwerden hervorrief, die den an sich  
geschwächten Körper, bei meist dreimaliger Wiederholung, den  
Erschöpfungstod brachten. Einige Tage nach dem Ableben des  
Herrn Hochs verstarb auch Dr. Moses in der zum Krankenhaus  
hergerichteten Geniekaserne.“ Seine letzten Worte hatten „im-  
mer erneut etwas Prophetisches an sich“. Der Tod kam am 24.  
September 1942. In der Todesurkunde wird bescheinigt, dass die  
Beerdigung auf dem Ghettofriedhof am 27. September 1942,  
Reihe 68, Schacht D, stattfand.

Nach dem Kriege habe ich in Theresienstadt – heute Terečín –  
an der Stelle, an der er zur letzten Ruhe gebettet wurde, einen  
Stein niederlegen können.

\*\*\*

Was bleibt zu tun? Wo liegt unsere Verantwortung? Diese Fra-  
gen stellen sich immer wieder neu. Das erste ist, Erinnerung zu  
bewahren, und dort, wo die Opfer der Diktatur in Vergessenheit  
zu fallen drohen, sie aus diesem Vergessen herauszuretten und  
sie wieder – auch im geschichtlichen Zusammenhang – in unse-  
rem Bewusstsein fest zu verankern.

Über das Erinnern hinaus ist aber noch ein weiteres möglich und  
nötig. Hannah Arendt hat in ihrem Nachruf auf Karl Jaspers  
einen Hinweis gegeben: Man bewahrt das geistige Erbe sinn-

voll, wenn man es in der Gegenwart produktiv zur Geltung bringt. Hier liegt eine Perspektive, die uns alle angeht und die besonders für die nächste Generation von Bedeutung ist.

Als Moses in der Zeit nach 1933 daran ging, seine Erinnerungen zu schreiben, war er sich dieser Kontinuität voll bewusst. Insofern sind seine Gedanken, die er vor allem in dem umfangreichen Briefwechsel mit dem nach Palästina ausgewanderten Teil der Familie äußerte, nicht in erster Linie Ausdruck von Resignation, sondern vor allem Dokumente eines auf humanistischer Tradition aufbauenden Menschentums. Dieser Triumph wird umso deutlicher, je mehr sich der Blick über den Horizont in jene Zeiten ausweitet, die nach dem bevorstehenden Desaster kommen werden, in der die kommende Generation – dann in einer veränderten Welt – das Steuer in die Hand nimmt. Nicht der Isolierte erbittet Trost, sondern der Eingeschlossene findet Worte der Aufmunterung für die in Freiheit befindlichen.

Und das geistige Erbe? Wurde es nicht letztes Endes doch produktiver zur Geltung gebracht, als manche von uns glauben? Der israelische Historiker Shlomo Na'aman – der Autor der bedeutenden Lassalle-Biographie – hat dies in seinem Vorwort zu Nadavs Buch über Moses zum Ausdruck gebracht, als er darauf hinwies, in welchem starkem Umfang die in der Weimarer Zeit entwickelten wissenschaftlichen und schöpferischen Gedanken „eine neue Phase der Gesellschaftsinitiativen in aller Welt“ ausgelöst haben. Ich muss gestehen, dass mich diese Interpretation stark berührt hat.

Ich würde mich freuen, wenn diese Ausstellung dazu beitragen würde, Erinnerungen zu bewahren und das geistige Erbe in der Gegenwart produktiv zur Geltung zu bringen: Diese Aufgabe stellt sich immer wieder neu!

Allen, die an dem Zustandekommen dieser Ausstellung mitgewirkt haben, noch einmal herzlichen Dank!



*Julius Moses*



## **Anhang**





# Julius Moses

## Julius Moses

Schrittmacher der sozialdemokratischen  
Gesundheitspolitik in der Weimarer Republik

Eine Ausstellung des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Nachlass Moses

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

**80**  
1925  
2005  
80 Jahre für  
Soziale Demokratie

### ***Herkunft und Jugend***

*Julius Moses wurde am 2. Juli 1868 als Sohn des in bescheidenen Verhältnissen lebenden Schneiders Isidor Moses und seiner Frau Pauline, geb. Levin, in Posen geboren. 1880 zog Julius Moses zu seinem Onkel Moritz, der in Greifswald zu einigem Wohlstand gekommen war. Hier studierte er nach dem Besuch des Gymnasiums Medizin. Im Juli 1892 promovierte er mit der Dissertation „Die Bluterkrankheit – Haemophilie“.*

*Stark an Geschichte und Literatur interessiert, verfasste Moses neben seinem Studium Theater-Rezensionen. In seinen „Erinnerungen“ schrieb er dazu: „Für diesen Beruf brachte ich nichts mit als Gottvertrauen und jugendliche Schnellfertigkeit der Worte. Wie viele junge Schriftsteller, die noch nichts produziert haben, fing auch ich mit der Theaterkritik an. Es war gewissermaßen der Eintritt in das öffentliche Leben.“*

# Julius Moses



## Herkunft und Jugend

Julius Moses wurde am 2. Juli 1868 als Sohn des in bescheidenen Verhältnissen lebenden Schneiders Isidor Moses und seiner Frau Pauline, geb. Levin, in Posen geboren. 1880 zog Julius Moses zu seinem Onkel Moritz, der in Greifswald zu einigem Wohlstand gekommen war. Hier studierte er nach dem Besuch des Gymnasiums Medizin. Im Juli 1892 promovierte er mit der Dissertation „Die Bluterkrankheit – Haemophilie“.

Stark an Geschichte und Literatur interessiert, verfasste Moses neben seinem Studium Theater-Rezensionen. In seinen „Erinnerungen“ schrieb er dazu: „Für diesen Beruf brachte ich nichts mit als Gottvertrauen und jugendliche Schnelligkeit der Worte. Wie viele junge Schriftsteller, die noch nichts produziert haben, fing auch ich mit der Theaterkritik an. Es war gewissermaßen der Eintritt in das öffentliche Leben.“

### ***Politische Standortsuche***

*Die Gymnasial- und Studienjahre erlebte Julius Moses in einem liberalen politischen Umfeld. Sein Onkel Moritz war ein überzeugter Anhänger der liberalen Fortschrittspartei. Er ließ sich von seinem Neffen täglich aus der „Berliner Volkszeitung“, dem Sprachrohr des demokratischen Flügels des deutschen Liberalismus, vorlesen. Ende der 1880er Jahre studierte Moses das damals populäre „Politische ABC-Buch“ von Eugen Richter, der zu jener Zeit gerade von den Fortschrittlern zu den Freisinnigen gewechselt war.*

*Unmittelbar nach Beendigung seines Studiums zog es den politisch interessierten jungen Mann in die Hauptstadt Berlin, wo er sich als Arzt niederließ. 1895 wurde Moses zum ersten Mal politisch aktiv: Er hielt auf der Feier des Deutsch-Freisinnigen Arbeitervereins die Festrede zur Erinnerung an die Märzrevolution 1848. Moses wurde schließlich zur treibenden Kraft bei der Gründung eines Komitees zur Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen.*

*1896 heiratete Julius Moses Gertrud Moritz, die Tochter eines Berliner Unternehmers. 1897 wurde der Sohn Erwin, 1898 der Sohn Rudi und 1900 die Tochter Vera geboren. 1913 trennten sich Julius und Gertrud Moses, die eine Scheidung allerdings ablehnte.*

*Nach Jahren der Standortsuche, die mit zunehmenden Enttäuschungen über die mangelnde politische Konsequenz der Liberalen verbunden war, führte Moses' politischer Weg über die Freisinnige Vereinigung 1912 in die Reihen der deutschen Sozialdemokratie.*



# Julius Moses

## Politische Standortsuche

Die Gymnasial- und Studienjahre erlebte Julius Moses in einem liberalen politischen Umfeld. Sein Onkel Moritz war ein überzeugter Anhänger der liberalen Fortschrittspartei. Er ließ sich von seinem Neffen täglich aus der „Berliner Volkszeitung“, dem Sprachrohr des demokratischen Flügels des deutschen Liberalismus, vorlesen. Ende der 1880er Jahre studierte Moses das damals populäre „Politische ABC-Buch“ von Eugen Richter, der zu jener Zeit gerade von den Fortschrittlern zu den Freisinnigen gewechselt war.

Unmittelbar nach Beendigung seines Studiums zog es den politisch interessierten jungen Mann in die Hauptstadt Berlin, wo er sich als Arzt niederließ. 1895 wurde Moses zum ersten Mal politisch aktiv: Er hielt auf der Feier des Deutsch-Freisinnigen Arbeitsvereins die Festrede zur Erinnerung an die Märzrevolution 1848. Moses wurde schließlich zur treibenden Kraft bei der Gründung eines Komitees zur Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen. 1896 heiratete Julius Moses Gertrud Moritz, die Tochter eines Berliner Unternehmers. 1897 wurde der Sohn Erwin, 1898 der Sohn Rudi und 1900 die Tochter Vera geboren. 1913 trennten sich Julius und Gertrud Moses, die eine Scheidung allerdings ablehnte.

Nach Jahren der Standortsuche, die mit zunehmenden Enttäuschungen über die mangelnde politische Konsequenz der Liberalen verbunden war, führte Moses' politischer Weg über die Freisinnige Vereinigung 1912 in die Reihen der deutschen Sozialdemokratie.

### ***Emanzipation des Judentums! – Gegen Antisemitismus!***

*Um die Jahrhundertwende widmete sich Moses verstärkt jüdischen Angelegenheiten und dem Kampf gegen den Antisemitismus. Rückblickend bezeichnete er diesen Zeitabschnitt als seine „jüdische Periode“.*

*1906 wandte er sich in scharfen Worten gegen die Pogrome in Russland und die Untätigkeit der europäischen Regierungen: Wenn es sich nicht um Juden handelte, so wäre man gleich mit dem „europäischen Gewissen“ bei der Hand, um Gelegenheit zum Eingreifen zu gewinnen. „Man schütze vor, sich wegen der Judenmetzeleien nicht in die inneren Angelegenheiten Russlands zu mischen, zumal die dortigen Juden russische Untertanen seien... Kann es einen größeren Wahnwitz geben?“*

*Im Mittelpunkt der von Julius Moses von 1902 bis 1910 herausgegebenen Wochenzeitung „General-Anzeiger für die gesamten Interessen des Judentums“ stand die Bekämpfung des Antisemitismus. Daneben beschäftigte er sich mit jüdischer Literatur. In der Einleitung der von ihm herausgegebenen Anthologie „Hebräische Melodien“ schrieb Moses: Der „Eintritt der Juden in die europäische Kultur war der Beginn einer neuen Revolution, die noch in unsere Tage hineinragt.“ Die Juden seien „emsige Mitarbeiter an einer neu emporsteigenden Kulturepoche“.*

*Der Antisemitismus „begleitete“ Julius Moses allerdings bis an sein Lebensende.*



# Julius Moses

## Emanzipation des Judentums! – Gegen Antisemitismus!

Um die Jahrhundertwende widmete sich Moses verstärkt jüdischen Angelegenheiten und dem Kampf gegen den Antisemitismus. Rückblickend bezeichnete er diesen Zeitabschnitt als seine „jüdische Periode“.

1906 wandte er sich in scharfen Worten gegen die Pogrome in Russland und die Untätigkeit der europäischen Regierungen: Wenn es sich nicht um Juden handelte, so wäre man gleich mit dem „europäischen Gewissen“ bei der Hand, um Gelegenheit zum Eingreifen zu gewinnen. „Man schütze vor, sich wegen der Judenmorde nicht in die inneren Angelegenheiten Russlands zu mischen, zumal die dortigen Juden russische Untertanen seien... Kann es einen größeren Wahnsinn geben?“

Im Mittelpunkt der von Julius Moses von 1902 bis 1910 herausgegebenen Wochenzeitung „General-Anzeiger für die gesamten Interessen des Judentums“ stand die Bekämpfung des Antisemitismus.

Daneben beschäftigte er sich mit jüdischer Literatur. In der Einleitung der von ihm herausgegebenen Anthologie „Hebräische Melodien“ schrieb Moses: Der „Eintritt der Juden in die europäische Kultur war der Beginn einer neuen Revolution, die noch in unsere Tage hineinragt.“ Die Juden seien „emstige Mitarbeiter an einer neu emporsteigenden Kulturepoche“.

Der Antisemitismus „begleitete“ Julius Moses allerdings bis an sein Lebensende.

### ***Von der „Gebärstreik“-Debatte zum Kampf gegen den § 218***

*Die Erfahrungen aus seiner täglichen Praxis im Berliner Norden führten Julius Moses den Zusammenhang zwischen dem Kinderreichtum der Proletarierfamilien und deren sozialer Notlage vor Augen und ließen ihn zu einem der stärksten Befürworter der Geburten einschränkung werden.*

*1913 war Moses einer der Exponenten in der sog. „Gebärstreik“-Debatte. Diese Auseinandersetzung wurde öffentlich vor allem von der Sozialdemokratie ausgetragen. Deren Führung sprach sich gegen einen solchen „Gebärstreik“ aus, da das Proletariat darauf bedacht sein müsse, „möglichst viele Kämpfer zu haben“. Der deutsche Generalstab hegte ähnliche Befürchtungen, da er negative Auswirkungen auf die Zahl der Rekruten vorher sah.*

*Im selben Jahr lernte Moses Elfriede Nemitz kennen, die Tochter seiner späteren Parlaments- und Parteivorstandskollegin Anna Nemitz. Ab 1916 waren Elfriede Nemitz und Julius Moses Lebensgefährten. 1920 wurde die Tochter Lotte geboren, 1925 folgte der Sohn Kurt.*

*Als gesundheitspolitischer Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion setzte sich Julius Moses in den zwanziger Jahren mit besonderem Nachdruck für die Abschaffung bzw. Novellierung des Abtreibungsparagraphen 218 ein. „Die Sozialdemokratie lehnt den Abtreibungsparagraphen, trotz ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Abtreibung, ab, weil sie der Überzeugung ist, dass eine soziale Krankheitserscheinung – und das ist die Abtreibung – nicht durch das Strafgesetz geheilt werden kann. Die sogenannte Abtreibungsseuche ist eine Folge des sozialen Elends des Proletariats.“*

# Julius Moses


Der Polizeipräsident.  
Bahnhofstr. Berlin *N. W. 87*, den *11. August* 1921

**Personalausweis Nr. *148***  
(nur gültig für die Einreise in das besetzte rheinische Gebiet.)

Familienname: *Moses*  
Vorname: *Julius*  
Beruf: *genkt. Arzt. Dr. med.*

Geboren am: *1. Juli 68* Alter: *53* Jahre  
Geburtsort: *Posen*  
Kreis: *Posen* Provinz oder Staat: *Posen*  
Staatsangehörigkeit:  
Ständiger Wohnsitz mit Adresse: *Berlin Wilsdorffstr. 49*  
Gegenwärtiger Aufenthaltsort mit Adresse: *Berlin Wilsdorffstr. 49*


Wuchs: *mittel*  
Gesichtsform: *oval*  
Hagen: *brunn*  
Haar: *schwarz*  
Besondere Kennzeichen: *Keine*



Es wird hiermit bezeugt, daß der Inhaber die durch nachstehendes Bild dargestellte Person ist und die darunter befindliche Unterschrift eigenhändig vollzogen hat.

*J. Julius Moses*  
Unterschrift.

*Korwaltski*  
Unterschrift.



Von der „Gebärstreik“-Debatte zum Kampf gegen den § 218

Die Erfahrungen aus seiner täglichen Praxis im Berliner Norden führten Julius Moses den Zusammenhang zwischen dem Kinderreichtum der Proletarierfamilien und deren sozialer Notlage vor Augen und ließen ihn zu einem der stärksten Befürworter der Geburtenbeschränkung werden. 1913 war Moses einer der Exponenten in der sog. Gebärstreik-Debatte. Diese Auseinandersetzung wurde öffentlich vor allem von der Sozialdemokratie ausgetragen. Deren Führung sprach sich gegen einen solchen „Gebärstreik“ aus, da das Proletariat darauf bedacht sein müsse, „möglichst viele Kämpfer zu haben“. Der deutsche Generalstab begte ähnliche Befürchtungen, da er negative Auswirkungen auf die Zahl der Rekruten vorhersah. Im selben Jahr lernte Moses Elfriede Nemitz kennen, die Tochter seiner späteren Parlaments- und Parteivorstandskollegin Anna Nemitz. Ab 1916 waren Elfriede Nemitz und Julius Moses Lebensgefährten. 1920 wurde die Tochter Lotte geboren, 1925 folgte der Sohn Kurt. Als gesundheitspolitischer Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion setzte sich Julius Moses in den zwanziger Jahren mit besonderem Nachdruck für die Abschaffung bzw. Novellierung des Abtreibungsparagrafen 218 ein. „Die Sozialdemokratie lehnt den Abtreibungsparagrafen, trotz ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Abtreibung, ab, weil sie der Überzeugung ist, dass eine soziale Krankheitserscheinung – und das ist die Abtreibung – nicht durch das Strafgesetz geheilt werden kann. Die sogenannte Abtreibungssuche ist eine Folge des sozialen Elends des Proletariats.“

**„Wir fordern ein Ministerium für Volksgesundheit“**

*Während des Ersten Weltkriegs war Julius Moses der USPD beigetreten, die sich – ausgehend vom Streit um die Bewilligung der Kriegskredite – von der SPD abgespalten hatte. Seit 1919 gehörte Moses der Parteileitung der USPD an, ab 1922 war er Mitglied des Parteivorstands der wiedervereinigten Sozialdemokraten und Sozialhygieniker zusammen mit dem Verband der Hausarztvereine ein gesundheitspolitisches Programm für die neue Weimarer Republik. In der Petition an die „Volksbeauftragten der Deutschen Republik“ zur Schaffung eines mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten Reichsgesundheitsministeriums kam die Entschlossenheit zum Ausdruck, der Gesundheitspolitik im Prozess der gesellschaftlichen Modernisierung eine zentrale Rolle zukommen zu lassen.*

*Während seiner gesamten Zeit als Abgeordneter (bis 1932) gehörte Moses zu denjenigen, die frühzeitig auf die Gefahren des Rechtsextremismus hinwiesen. So wandte er sich bereits als Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Kriegsschuldfrage und die Ursachen des Zusammenbruchs im Jahre 1918 gegen die von völkisch-nationalistischen Kreisen aufgebrachte Legende von der angeblichen „Drückebergerei“ der Juden im Weltkrieg.*



# Julius Moses

## „Wir fordern ein Ministerium für Volksgesundheit“

Während des Ersten Weltkriegs war Julius Moses der USPD beigetreten, die sich – ausgehend vom Streit um die Bewilligung der Kriegskredite – von der SPD abgespalten hatte. Seit 1919 gehörte Moses der Parteileitung der USPD an, ab 1922 war er Mitglied des Parteivorstands der wiedervereinigten Sozialdemokratie. Unmittelbar nach Ende des Weltkriegs entwickelten Sozialdemokraten und Sozialhygieniker zusammen mit dem Verband der Hausärztervereine ein gesundheitspolitisches Programm für die neue Weimarer Republik. In der Petition an die „Volksbeauftragten der Deutschen Republik“ zur Schaffung eines mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten Reichsgesundheitsministeriums kam die Entschlossenheit zum Ausdruck, der Gesundheitspolitik im Prozess der gesellschaftlichen Modernisierung eine zentrale Rolle zukommen zu lassen.

Während seiner gesamten Zeit als Abgeordneter (bis 1932) gehörte Moses zu denjenigen, die frühzeitig auf die Gefahren des Rechtsextremismus hinwiesen. So wandte er sich bereits als Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Kriegsschuldfrage und die Ursachen des Zusammenbruchs im Jahre 1918 gegen die von völkisch-nationalistischen Kreisen aufgebrachte Legende von der angeblichen „Drückebergerei“ der Juden im Weltkrieg.

***Im Dienst von Partei und Reichstagsfraktion***

*1920 wurde Julius Moses – noch für die USPD – in den Reichstag gewählt. Er war dort nicht nur einer der profiliertesten Vertreter einer sozialdemokratischen Sozial- und Gesundheitspolitik, sondern auch auf dem Gebiet der Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung aktiv. Als Reichstagsabgeordneter entwickelte Moses zahlreiche Initiativen, die er u.a. in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Der Kassenarzt“ propagierte. Diese lösten Debatten mit konservativen ärztlichen Standesvertretern aus. So warb Moses nachdrücklich für den Ausbau der sozialen Krankenversicherung und eine vorbeugende Gesundheitspflege. Daneben setzte er sich für eine starke Rolle des Hausarztes bei der gesundheitlichen Versorgung und Betreuung ein. Als Mitglied des Reichsgesundheitsrats warnte Moses vor der ärztlichen „Experimentierwut am Menschen“ und machte in seiner Denkschrift „für Regierung und Parlamente“ auf die gesundheitlichen Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit aufmerksam.*

# Julius Moses



## Im Dienst von Partei und Reichstagsfraktion

1929 wurde Julius Moses – noch für die USPD – in den Reichstag gewählt. Er war dort nicht nur einer der profiliertesten Vertreter einer sozialdemokratischen Sozial- und Gesundheitspolitik, sondern auch auf dem Gebiet der Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung aktiv. Als Reichstagsabgeordneter entwickelte Moses zahlreiche Initiativen, die er u.a. in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Der Kassenarzt“ propagierte. Diese lösten Debatten mit konservativen ärztlichen Standsvertretern aus.

So warb Moses nachdrücklich für den Ausbau der sozialen Krankenversicherung und eine verborgende Gesundheitspflege. Daran setzte er sich für eine starke Rolle des Hausarztes bei der gesundheitlichen Versorgung und Betreuung ein. Als Mitglied des Reichsgesundheitsrats warnte Moses vor der ärztlichen „Experimentiererei am Menschen“ und machte in seiner Denkschrift „für Regierung und Parlamente“ auf die gesundheitlichen Folgen der Langzeitarbeitlosigkeit aufmerksam.

**„Die Zukunft liegt dunkel vor mir...“  
Unter dem Hakenkreuz**

*Die nationalsozialistische „Machtergreifung“ hatte auch für Julius Moses einschneidende Folgen: Die finanzielle Situation verschlechterte sich rapide. Nur durch Zuwendungen von Verwandten und Nährarbeiten von Elfriede Nemitz konnte sich die Familie über Wasser halten. 1935 wurde ein weiteres Zusammenleben aufgrund der „Nürnberger Rassegesetze“ unmöglich. Julius Moses musste die gemeinsame Wohnung verlassen und ein Zimmer in einem sogenannten Judenhaus beziehen. Familie und der treu zu ihm stehende Freundeskreis waren ihm lange Halt und Zuversicht.*

*Im Sommer 1942 wurde Julius Moses nach Theresienstadt deportiert. Ein Mithäftling berichtete später: „Ich fand [im Lager Theresienstadt] Dr. Moses als sogenannten ‚prominenten Häftling‘, mit 10 Herren ein Zimmer teilend, auf dem Boden liegend, nur notdürftig mit einer Decke zugedeckt, sehr unter nagendem Hunger leidend, aber voller Hoffnung auf eine baldige bessere Zukunft.“*

*Julius Moses starb am 24. September 1942 in Theresienstadt.*

# Julius Moses



„Die Zukunft liegt dunkel vor mir...“  
Unter dem Hakenkreuz

Die nationalsozialistische „Machtergreifung“ hatte auch für Julius Moses einschneidende Folgen: Die finanzielle Situation verschlechterte sich rapide. Nur durch Zuwendungen von Verwandten und Nahaarbeits von Elfriede Nemitz konnte sich die Familie über Wasser halten. 1935 wurde ein weiteres Zusammenleben aufgrund der Nürnberger Rassegesetze unmöglich. Julius Moses musste die gemeinsame Wohnung verlassen und ein Zimmer in einem sogenannten Judenhaus beziehen. Familie und der treu zu ihm stehende Freundeskreis waren

ihm lange Halt und Zuversicht.  
Im Sommer 1942 wurde Julius Moses nach Theresienstadt deportiert. Ein Mithäftling berichtete später:  
„Ich fand [im Lager Theresienstadt] Dr. Moses als sogenannten ‚prominenten Häftling‘, mit 10 Herren ein Zimmer teilend, auf dem Boden liegend, nur notdürftig mit einer Decke zugedeckt, sehr unter nagendem Hunger leidend, aber voller Hoffnung auf eine baldige bessere Zukunft.“

Julius Moses starb am 24. September 1942 in Theresienstadt.

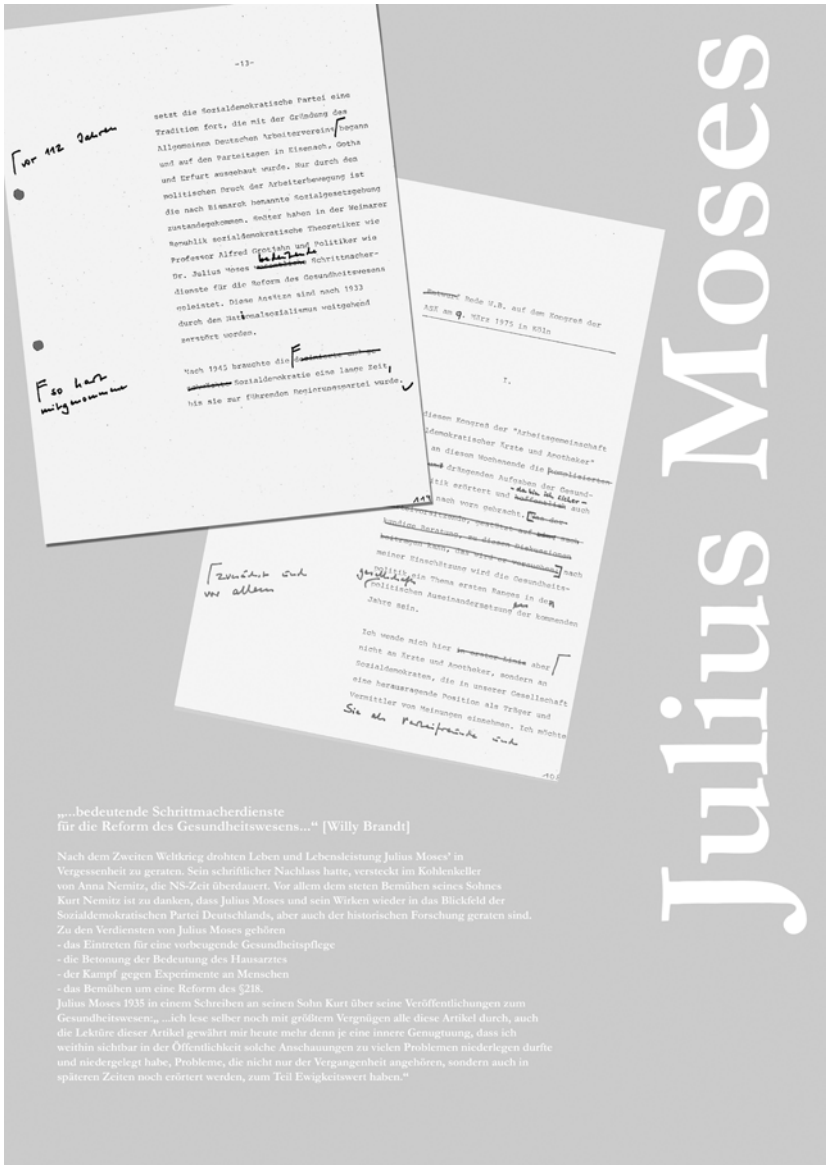
**„...bedeutende Schrittmacherdienste  
für die Reform des Gesundheitswesens...“ [Willy Brandt]**

*Nach dem Zweiten Weltkrieg drohten Leben und Lebensleistung Julius Moses' in Vergessenheit zu geraten. Sein schriftlicher Nachlass hatte, versteckt im Kohlenkeller von Anna Nemitz, die NS-Zeit überdauert. Vor allem dem steten Bemühen seines Sohnes Kurt Nemitz ist zu danken, dass Julius Moses und sein Wirken wieder in das Blickfeld der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, aber auch der historischen Forschung geraten sind.*

*Zu den Verdiensten von Julius Moses gehören*

- *das Eintreten für eine vorbeugende Gesundheitspflege*
- *die Betonung der Bedeutung des Hausarztes*
- *der Kampf gegen Experimente an Menschen*
- *das Bemühen um eine Reform des §218.*

*Julius Moses 1935 in einem Schreiben an seinen Sohn Kurt über seine Veröffentlichungen zum Gesundheitswesen: „...ich lese selber noch mit größtem Vergnügen alle diese Artikel durch, auch die Lektüre dieser Artikel gewährt mir heute mehr denn je eine innere Genugtuung, dass ich weithin sichtbar in der Öffentlichkeit solche Anschauungen zu vielen Problemen niederlegen durfte und niedergelegt habe, Probleme, die nicht nur der Vergangenheit angehören, sondern auch in späteren Zeiten noch erörtert werden, zum Teil Ewigkeitswert haben.“*



# Julius Moses

**Julius Moses**

- 2.7.1868 *Geburt in Posen als Sohn des Schneiders Isidor Moses (1837-1898) und dessen Frau Pauline, geb. Levin (1843-1907)*
- 1881 *Umzug zum Zwillingenbruder seines Vaters, Moritz Moses, nach Greifswald. Dort Besuch des Gymnasiums*
- 1888-1893 *Studium der Medizin an der Universität Greifswald, Promotion*
- 1893-1899 *Assistenzarzt am Jüdischen Krankenhaus Berlin, danach Arztpraxis im Berliner Norden*
- 1896 *Heirat mit Gertrud Moritz (1874-1943, KZ Theresienstadt)*
- 1897 *Geburt des Sohnes Erwin (1897-1976)*
- 1898 *Geburt des Sohnes Rudi (1898-1979)*
- 1899-1902 *Umzug nach Liegnitz, dort als Arzt tätig*
- 1900 *Geburt der Tochter Vera (1900-1943, KZ Theresienstadt)*
- 1902 *Umzug nach Berlin, Tätigkeit als Kinderarzt*
- 1902-1910 *Herausgeber des „Generalanzeiger für die gesamten Interessen des Judentums“*
- 1904-1905 *1. Vorsitzender des Jüdischen Turnvereins Bar Kochba, Berlin*
- 1912 *Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*
- 1913 *Erste Begegnung mit Elfriede Nemitz (1893-1979), der Tochter der Sozialdemokratischen Politikerin Anna Nemitz (1873-1962), im selben Jahr Trennung von Gertrud Moses. Mitgründer des sozialdemokratischen Ärzte-Vereins, der späteren Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte*
- 1916 *Beginn der Lebensgemeinschaft mit Elfriede Nemitz*
- 1917 *Anschluss an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)*
- 1919-1922 *Mitglied der Parteileitung der USPD*
- 1920 *Geburt der Tochter Lotte (1920-1927)*
- 1920-1932 *Mitglied des Reichstags*
- 1921-1925 *Abgeordneter der Stadtverordnetenversammlung Berlin, dort Mitglied des Gesundheitsausschusses*
- 1922-1933 *Mitglied des Parteivorstands der SPD*
- 1924-1933 *Herausgeber von „Der Kassenarzt“*
- 1925 *Geburt des Sohnes Kurt*
- 1929-1932 *Mitglied des Hauptausschusses der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft*
- 1935 *Aufgrund der Nürnberger Rassegesetze räumliche Trennung von Elfriede und Kurt Nemitz*
- 1938 *Verlust der Approbation*
- 3.7.1942 *Deportation ins KZ Theresienstadt*
- 24.9.1942 *Tod im KZ Theresienstadt*

## Julius Moses

2.7.1868 Geburt in Posen als Sohn des Schneiders Isidor Moses (1837-1898) und dessen Frau Pauline, geb. Levin (1843-1907)

1881 Umzug zum Zwillingsbruder seines Vaters, Moritz Moses, nach Greifswald. Dort Besuch des Gymnasiums

1888-1893 Studium der Medizin an der Universität Greifswald, Promotion

1893-1899 Assistenzarzt am Jüdischen Krankenhaus Berlin, danach Arztpraxis im Berliner Norden

1896 Heirat mit Gertrud Moritz (1874-1943, KZ Theresienstadt)

1897 Geburt des Sohnes Erwin (1897-1976)

1898 Geburt des Sohnes Rudi (1898-1979)

1899-1902 Umzug nach Liegnitz, dort als Arzt tätig

1900 Geburt der Tochter Vera (1900-1943, KZ Theresienstadt)

1902 Umzug nach Berlin, Tätigkeit als Kinderarzt

1902-1910 Herausgeber des „Generalanzeiger für die gesamten Interessen des Judentums“

1904-1905 1. Vorsitzender des Jüdischen Turnvereins Bar Kochba, Berlin

1912 Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

1913 Erste Begegnung mit Elfriede Nemitz (1893-1979), der Tochter der sozialdemokratischen Politikerin Anna Nemitz (1873-1962), im selben Jahr Trennung von Gertrud Moses. Mitgründer des sozialdemokratischen Ärzte-Vereins, der späteren Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte

1916 Beginn der Lebensgemeinschaft mit Elfriede Nemitz

1917 Anschluss an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)

1919-1922 Mitglied der Parteileitung der USPD

1920 Geburt der Tochter Lotte (1920-1927)

1920-1932 Mitglied des Reichstags

1921-1925 Abgeordneter der Stadtverordnetenversammlung Berlin, dort Mitglied des Gesundheitsausschusses

1922-1933 Mitglied des Parteivorstands der SPD

1924-1933 Herausgeber von „Der Kassenarzt“

1925 Geburt des Sohnes Kurt

1929-1932 Mitglied des Hauptausschusses der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft

1935 Aufgrund der Nürnberger Rassegesetze räumliche Trennung von Elfriede und Kurt Nemitz

1938 Verlust der Approbation

3.7.1942 Deportation ins KZ Theresienstadt

24.9.1942 Tod im KZ Theresienstadt

# Julius Moses



---

### *Literaturhinweise*

Fricke, Dieter: Jüdisches Leben in Berlin und Tel Aviv 1933 bis 1939. Der Briefwechsel des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Dr. Julius Moses, Hamburg 1997

Grotjahn, Alfred: Soziale Pathologie. Versuch einer Lehre von den sozialen Beziehungen der menschlichen Krankheiten als Grundlage der sozialen Medizin und der sozialen Hygiene, 2., neubearbeitete Aufl., Berlin 1915

Hahn, Susanne: Revolution der Heilkunst – Ausweg aus der Krise? Julius Moses (1868-1942) zur Rolle der Medizin in der Gesundheitspolitik der Weimarer Republik, in: Ärztekammer Berlin in Zusammenarbeit mit der Bundesärztekammer (Hg.): Der Wert des Menschen. Medizin in Deutschland 1918-1945, Berlin 1989, S. 71-85 (Deutsche Vergangenheit, 34)

Mayer-Ahuja, Nicole: Massenarbeitslosigkeit, Reform der Sozialpolitik und die gesundheitlichen Folgen. Die Ärztebefragung des Reichstagsabgeordneten Dr. Julius Moses aus dem Krisenjahr 1931, Pfaffenweiler 1999 (Neuere Medizin- und Wissenschaftsgeschichte, 10)

Moses, Julius (Hg.): Hebräische Melodien – Eine Anthologie, Berlin u. Leipzig 1907

Moses, Julius: Die Lösung der Judenfrage. Eine Rundfrage, veranstaltet von Julius Moses, Berlin u. Leipzig 1907.

Moses, Julius: Ein Denkmal für die Märzgefallenen, in: Das Blaubuch 4 (1909), S. 275-280

Moses, Julius: Theodor Barth und die Judenfrage, in: Das Blaubuch 4 (1909); S. 566-569

Moses, Julius: Arzt und Politik, in: Die Medizinische Welt 4 (1930), S. 1116-1117

Moses, Julius: Der Totentanz von Lübeck, Dresden 1930

Moses, Julius: Die Politik als Voraussetzung der Medizinalreform von 1848, in: Der Kassenarzt, Jg. 9, Nr. 8 vom 9.4.1932

Moses, Julius: Der Kampf gegen das „Dritte Reich“ – ein Kampf für die Volksgesundheit, in: Der Kassenarzt 9 (1932/5), S. 1-4

Moses, Julius: Die Hetze gegen die jüdischen Ärzte, in: Israelitisches Familienblatt 27 v. 7. Juli 1932

Moses, Julius: Glossarium. Die Wirtschaftskrise – die Krise der Menschenökonomie, in: Der Kassenarzt 10 (1933/5), S. 1-4

Nadav, Daniel S.: Julius Moses (1868-1942) und die Politik der Sozialhygiene in Deutschland, Gerlingen 1985 (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv, 8)

Nemitz, Kurt: Julius Moses und die Gebärstreik-Debatte 1913, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv, Bd. 2, 1973, S. 321-335

Nemitz, Kurt: Julius Moses – Nachlaß und Bibliographie, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung 10, 1974, H. 2, S. 219ff.

Nemitz, Kurt: Die Bemühungen zur Schaffung eines Reichsgesundheitsministeriums in der ersten Phase der Weimarer Republik 1918-1922, in: Medizinhistorisches Journal 16, 1981, H. 4, S. 424-445

Nemitz, Kurt: Antisemitismus in der Wissenschaftspolitik der Weimarer Republik: Der Fall „Ludwig Schemann“, in: Jahrbuch

---

des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv, Bd. 12, 1983, S. 377-407

Nemitz, Kurt: Julius Moses – Arzt und Parlamentarier, in: LBI Bulletin 71 (1985), S. 23-33

Nemitz, Kurt: Anna Nemitz – Blätter der Erinnerung, hrsg. vom Sozialpädagogischen Institut, Berlin 1988

Nemitz, Kurt, „Ein der Gerechtigkeit gewidmetes Leben“. Erinnerungen an die Reichstagsabgeordnete und Berliner Stadtälteste Anna Nemitz (1873-1962), in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 2004, S. 151-164

Reuland, Andreas Jens: Menschenversuche in der Weimarer Republik, Norderstedt 2004

Rüther, Martin: Ärztliches Standeswesen im Nationalsozialismus 1933-1945, in: Jütte, Robert (Hg.): Geschichte der deutschen Ärzteschaft. Organisierte Berufs- und Gesundheitspolitik im 19. und 20. Jahrhundert, Köln 1997, S. 143-194

Schmiedebach, Heinz-Peter: Medizinethik und „Rationalisierung“ im Umfeld des Ersten Weltkriegs, in: Frewer, Andreas und Neumann, Josef N. (Hg.): Medizingeschichte und Medizinethik. Kontroversen und Begründungsansätze 1900-1950, Frankfurt u. New York 2001, S. 57- 84 (Kultur der Medizin, Geschichte-Theorie-Ethik, 1)

Schmiedebach, Heinz-Peter: Jüdische Ärzte in Berlin. Wissenschaft und ärztliche Praxis im Spannungsfeld zwischen Emanzipation und Antisemitismus, in: Berliner Ärzteblatt 116 (2003/1-2), S. 14-18 und 69-72

Schmiedebach, Heinz-Peter: Medizin und Ärzte in der Krise – ein Blick in die 1920er Jahre, in: *Ärzteblatt Baden-Württemberg* 58 (2003/10), S. 443-446

Toury, Jacob: Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar, Tübingen 1966 (Schriftenreihe wiss. Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, 15)

Wolff, Eberhard: Mehr als nur materielle Interessen: Die organisierte Ärzteschaft im Ersten Weltkrieg und der Weimarer Republik 1914-1933, in: Jütte, Robert (Hg.): *Geschichte der deutschen Ärzteschaft. Organisierte Berufs- und Gesundheitspolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln 1997, S. 97-142